

Programme der im Bundestag vertretenen Parteien für die Bundestagswahl 2021

- Synopse der digitalpolitisch und informationsfreiheitsrechtlich relevanten Punkte -

Inhalt

I.	Staatsorganisation	2
1.	Digitalministerium / Koordinierung Digitalisierung	2
2.	Verwaltungsmodernisierung	3
3.	Informationsfreiheit, Open Government und Urheberrecht	7
4.	Beteiligung, Barrierefreiheit und Inklusion	8
5.	Politik und Gesetzgebung	9
II.	Informationelle Selbstbestimmung	10
1.	Datenschutzrecht und –aufsicht	10
2.	Digitale Souveränität / Technologischer Daten- und Privatsphärenschutz	12
3.	Beschäftigtendatenschutz und Mitbestimmung	15
4.	Whistleblower	16
5.	Digitale Aufklärung und Bildung	16
6.	Digitaler Verbraucherschutz	18
III.	Sicherheitspolitik	19
1.	IT- und Cybersicherheit	19
2.	Innere Sicherheit, Nachrichtendienste, Verteidigung und Justiz	21
3.	Justiz und Verteidigung Europa und international	25
IV.	Digitalpolitik	28
1.	Digitale Infrastruktur	28
2.	Plattformen, Meinungsfreiheit und Urheberrecht	29
3.	Europa und digitaler Binnenmarkt	31
4.	Gesundheitswesen	33
5.	Innovationen, Forschung und Wirtschaft	36
6.	Künstliche Intelligenz und Algorithmen	38
7.	Mobilität, Landwirtschaft, Smart Meter	39
8.	Kryptowährungen, Digitalsteuer und Finanzpolitik	40

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
---------	-----	-----	-------------------------	------------	-----

I. Staatsorganisation					
1. Digitalministerium / Koordinierung Digitalisierung					
„(Wir wollen) ein Bundesministerium für digitale Innovationen und Transformation schaffen ... als Umsetzungseinheit für konkrete digitalpolitische Projekte. Es soll die zentrale politische Steuerungsstelle für Innovationen und Digitalisierung werden ...und eine Vorbild- und Testfeldrolle innerhalb der Bundesregierung ... einnehmen.“ (S. 93) „Wir werden einen Digital-TÜV vor die Gesetzesberatung setzen. Die zentrale Koordination dafür wird das neue Digitalministerium übernehmen.“ (S. 99) „Auch neue organisatorische Vereinbarungen müssen getroffen werden. (Die FITKO) sollte personell und technisch gestärkt werden, sofern erforderlich.“ (S. 98)	„Wir wollen „Regierungsprojekte in Plattformen organisieren ... Wir brauchen eine Modernisierungsoffensive für den öffentlichen Dienst und eine bessere Zusammenarbeit der Verwaltung. In die Entwicklung, Umsetzung und Evaluation von Projekten wollen wir wissenschaftliche und wirtschaftliche Expertise, Verbände und die Zivilgesellschaft einbinden und das Parlament in seiner Kontrollfunktion stärken.“ (S. 25)	„Wir fordern ein Ministerium für digitale Transformation. Um Synergieeffekte zu nutzen und eine schlankere und effizientere Regierung zu gestalten, wollen wir Kompetenzen in einem Ministerium bündeln und es eng mit den anderen Regierungsressorts verknüpfen.“ (S. 29)	„(Es) braucht eine Kultur behördlicher Zusammenarbeit sowie der Ermöglichung innovativer Ansätze. Innovations-einheiten und agile Projektteams in den Behörden sollen diesen Kulturwandel befördern und zugleich für Zusammenarbeit über alle Ebenen hinweg sorgen.“ (S. 69)		

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
---------	-----	-----	-------------------------	------------	-----

2. Verwaltungsmodernisierung					
„Wir werden die E-Vergabe vereinheitlichen und die Vergabe öffentlicher Aufträge für Liefer-, Bau- und Dienstleistungen auf elektronischem Weg stärker vorantreiben.“ (S. 36) „Unser Marktstammdatenregister wollen wir zu einem digitalen, öffentlichen Echtzeit-Energiekataster weiterentwickeln“ (S. 43) „Bund, Länder und Kommunen müssen zusammenarbeiten und gemeinsam offene Standards und Schnittstellen als Grundlage für eine Verwaltungsinfrastruktur schaffen. Grundsätzlich gilt: digitale Vorfahrt! Alles, was digital werden kann, soll digital werden. Alles, was standardisiert werden kann, soll standardisiert werden.“ (S. 96)	„Wir werden die Verpflichtung von Bund, Ländern und Kommunen zur Bereitstellung digitaler Verwaltungsdienstleistungen ausbauen, damit alle Verwaltungsleistungen möglichst schnell auch digital verfügbar sind.“ (S. 13) „Jeder Bürger soll ohne Zusatzkosten und Extrageräte die Möglichkeit haben, diese Leistungen freiwillig und datenschutzkonform mit einer digitalen Identität zu nutzen. Wer Anspruch auf eine Leistung hat, muss diese – wenn möglich – automatisch, ohne Antrag erhalten oder ‘mit einem Klick’ beantragen können.“ (S. 13) „Öffentlich finanzierte Software sollte, wo möglich, als Open-Source transparent entwickelt und öffentlich zugänglich gemacht werden.“ (S. 13) „Wo die öffentliche Hand Aufträge vergibt, muss sie	„Wir wollen Easy Tax einführen: die vorausgefüllte Steuererklärung... Selbstverständlich im Einklang mit dem Prinzip der Datensouveränität jeder / einzelnen Bürgers/in, denn freiwillige Angaben gegenüber dem Finanzamt sollen auch mit Easy Tax freiwillig bleiben“ (S. 11) Wir wollen durch eine umfassende Föderalismus- und Verwaltungsreform.“ (S. 23) „Um (die) Verwaltungsmodernisierung zu bewältigen, setzen wir auf eine agile Herangehensweise. Um Anreize ... zu schaffen, sollen durch die Digitalisierung erreichte Einsparungen („Digitale Dividende“) für Investitionen in der jeweiligen öffentlichen Stelle verbleiben.“ (S. 23) „Alle notwendigen Amtsgänge sollen virtuell und barrierefrei möglich und alle Dienstleistungen mit	„Bei IT-Beschaffungen des Bundes müssen Faktoren wie Herstellerabhängigkeit, Folgebeschaffung, technische Offenheit, Sicherheit, Datenschutz, Reparaturfähigkeit, Nachhaltigkeit und soziale Kriterien zwingend in die Bewertungen einfließen und Zertifizierungen wie der Blaue Engel für IT-Produkte zum Standard werden. Wir wollen alle Rechen- und Datencenter des Bundes nachhaltig umstellen, mit erneuerbarer Energie betreiben und zertifizierte umweltfreundliche Hardware einsetzen.“ (S. 5) „(Für die Kontrolle algorithmische Entscheidungssysteme) müssen Behörden gut geschult und technisch dementsprechend aufgestellt sein. Das bedeutet auch eine Modernisierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes sowie strenge Kriterien für den Einsatz von algorithmischen und automatischen	„Die öffentliche Hand einschließlich öffentlicher Unternehmen soll Ende-zu-Ende verschlüsselte Kommunikationswege via E-Mail und Chat bereitstellen, die anbieterunabhängig betrieben und dezentral genutzt werden können.“ (S. 94) „(Zum Zugang zu (Verwaltungs-) Dienstleistungen) muss es immer auch nicht-digitale Arten geben.“ (S. 93) „In der öffentlichen Verwaltung müssen freie Software und offene Datenformate eingesetzt werden. Das Vergaberecht muss entsprechend angepasst werden. Durch öffentliche Gelder finanzierte Software muss als freie Software veröffentlicht werden ... Ebenso sollte dies für öffentlich finanzierte Hardware und andere Technologien gelten“ (S. 97)	„Ein zentrales, bereichsübergreifendes Personenkennzeichen bei der Modernisierung der Verwaltungsregister von Bund und Ländern lehnen wir ab, da es die Erstellung von Persönlichkeitsprofilen zulässt und damit verfassungswidrig ist.“ (S. 182) „Die AfD fordert die bessere finanzielle und beratende Unterstützung von Kommunen bei OZG-Projekten“ (S. 184) „Die AfD fordert, digitale Verwaltungsprozesse zu verschlanken und zu vereinheitlichen. Das E-Government ist weiter auszubauen ... Grundsätzlich soll jeder Behördengang von Bürgern in Zukunft nach seiner Wahl digital oder persönlich abgewickelt werden können.“ (S. 184) „Die AfD fordert den bevorzugten Einsatz (ggf. zu entwickelnder) quelloffener Software für digitale

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
„Wir werden daher das digitale Unternehmenskonto weiter ausrollen und einem bundesweiten Praxistest unterziehen... wir wollen eine Unternehmensplattform Deutschland als „Single Point of Contact“ für alle wirtschaftsrelevanten Verwaltungsleistungen der föderalen Ebenen zur Verfügung stellen.“ (S. 96) „Wir werden zur Bereitstellung der notwendigen Anwendungen einen App-Store für die Verwaltung mit digitalen Lösungen für Aufgaben der Verwaltung von der Kommune bis zum Bund schaffen.“ (S. 97) „Wir werden einen Rechtsanspruch auf eine digitale Bürgeridentität (e-ID) schaffen... Wir wollen die persönliche Briefta-sche für alle Verwaltungsvorgänge, für jeden auf dem eigenen Smartphone. Wir werden den Personal-ausweis als Schlüsselelement zur umfassenden	darauf bestehen können, dass die Daten, die im Rahmen des Auftrages erhoben werden, wieder an sie zurückfließen.“ (S. 15)	digitalen, medienbruch-freien Verfahren durchführ-bar sein. Dazu wollen wir alle Planungen zur Einfüh-rung von Bürgerkonten o-der Cockpits zu einer ein-heitlichen digitalen Platt-form zusammenführen: dem Deutschlandportal.“ (S. 31) Durch „die Entwicklung von künstlicher Intelligenz, Virtual Reality beziehungs-weise Augmented Reality in der Verwaltung ... wollen wir vom Nachzügler beim EGovernment zum Vorrei-ter beim „Virtual Govern-ment“ werden.“ (S. 30) „Die IT-Systeme der öffent-lichen Hand sollen stärker als bislang auf Open-Source-Lösungen bauen, um die Abhängigkeit von proprietärer Software zu verringern.“ (S. 30)	Entscheidungen, insbeson-dere in der öffentlichen Ver-waltung“ (S. 32) „Mit barrierefreien E-Govern-ment-Dienstleistungen, siche-ren digitalen Beteiligungsfor-maten und Open Government wollen wir unsere Verwaltung modernisieren und unnötige Bürokratie wie Schriftformer-fordernisse abbauen. Verwal-tungsverfahren sollen stets di-gital gestaltet werden. Gleich-zeitig muss ... der persönlichen Kontakt mit den Bürger*innen geöffnet bleiben.“ (S. 68) „Die Nutzung der digitalen Verwaltungsleistungen soll über einen zentralen Zugang erfolgen. Der Austausch von Unterlagen unter den Behör-den muss nach Zustimmung und unter Beachtung des Da-tenschutzes möglich sein.“ (S. 68) „Jede Person soll mit einer kostenfreien digitalen Identi-tät ausgestattet sein ... Ein sol-ches Smartphone-Wallet kann in allen Sektoren verwendet werden.: Wir wollen wir eine	„Öffentliches WLAN in den Kommunen und öffentli-chen Gebäuden wollen wir durch Freifunk ausbauen.“ (S: 98) „Öffentliche Verwaltungen und Meldeämter dürfen keine persönlichen Daten von Menschen ohne deren ausdrückliche Zustimmung an Dritte weiterge-ben.“(S.98)	Verwaltungsprozesse. Dies gilt auch für den Betrieb von Servern und Arbeits-platzrechnern“ (S. 184) „Die AfD will Behörden ver-pflichten, das Beschaf-fungswesen an langfristi-gen strategischen und si-cherheitspolitischen Erwä-gungen auszurichten.“ (S. 185)

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
und vollen digitalen Identifizierung auf das Smartphone bringen und seine Anwendungsmöglichkeiten konsequent erweitern. Diese Lösung muss europaweit skaliert werden.“ (S. 100) Die beschlossene Registermodernisierung setzen wir mit Nachdruck um ... Mit automatisierten Entscheidungen werden wir diejenigen Verfahren beschleunigen, bei denen es kaum Ermessensspielräume gibt, z.B. Kindergeld.“ (S. 99)			Identitätsinfrastruktur schaffen, die es natürlichen und juristischen Personen erlaubt, ihre digitale Identität mit Hilfe von Smartphones, Onlinediensten oder Ausweisdokumenten zu nutzen... Mit Offenheit und Technologieutralität wollen wir EU-weit interoperable digitale Identitäten zu einer Basisinfrastruktur unseres digitalen Gemeinwesens machen.“ (S. 68) „Wir wollen digitale Serviceangebote der Verwaltung als Plattform für Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft begreifen und durch modulare sowie sichere Komponenten einen Mehrwert für alle schaffen. (S. 68) „Für die Kommunikation mit der öffentlichen Hand wollen wir ein offenes System schaffen, das einen Ende-zu-Ende-verschlüsselten Austausch von Nachrichten ermöglicht. Bürger*innen sollen einen Anspruch auf die digitale Zustellung von Behördendokumenten erhalten.“ (S. 68)		

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
			„Mit einer ganzheitlichen E-Government-Strategie wollen wir einen Mobilpass für unterschiedlichste Mobilitätsangebote, Serviceangebote der Verwaltung, E-Health- und E-Justice-Infrastrukturen und auch digitale Beteiligungsformate ermöglichen.“ (S. 69) „Die EU und Deutschland müssen bei hoheitlichen digitalen Identitäten Vorreiter sein und Vertrauen durch Souveränität schaffen.“ (S. 69) „Wo immer möglich, (wollen wir) offene Standards, Schnittstellen und Software nutzen, die entstehende Software unter freier Lizenz veröffentlichen und werden sie als Standard in die Vergabe- und Vertragsordnungen für öffentliche Gelder aufnehmen.“ (S. 71) „Wir treten daher dafür ein, eine eigenständige öffentliche Förderstiftung zu schaffen, die gesellschaftlich relevante, freie und offene Software fördert, deren Ergebnisse Gesellschaft, Wissenschaft, Schulen, Wirtschaft		

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
			und Verwaltung zur Verfügung stehen und barrierefrei zugänglich sind. Durchgehende Ende-zu-Ende- Verschlüsselungen schützen Grundrechte, schaffen Vertrauen in digitale Anwendungen und müssen zum Standard bei allen staatlichen IT-Vorhaben werden.“ (S. 76)		
3. Informationsfreiheit, Open Government und Urheberrecht					
„Wir stehen zum Konzept des offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns (Open Government) und wollen – wo immer möglich – Offene Daten (Open Data) und quelloffene Lösungen zum Einsatz bringen. Offene Standards und allgemeine Schnittstellen werden als Vergabekriterien bei öffentlichen Ausschreibungen stärker berücksichtigt.“ (S. 96)	„Der Staat muss beim Datenteilen mit gutem Beispiel vorangehen und einen breiten Datenzugang im Sinne von Open-Data ermöglichen. Wir werden die Behörden dabei unterstützen, das umzusetzen.“ (S. 14) „Wir werden die Nationalen Aktionspläne im Rahmen der Open Government Partnership Deutschlands umsetzen und weiterentwickeln.“ (S. 25) „Das Informationsfreiheitsrecht werden wir zu einem wirksamen Transparenzrecht weiterentwickeln und ausbauen. Wir werden	„Der Deutsche Bundestag sollte auf Open-Source-Basis eine digitale Plattform mit einer Vorhabenliste einrichten, die staatliche Behörden und Einrichtungen verpflichtet, ihre Pläne und Abwägungen künftig im Sinne echter Informationsfreiheit zu dokumentieren sowie der öffentlichen Kommentierung zugänglich zu machen.“ (S. 50) „Wir setzen uns dafür ein, dass staatliche Informationen nicht länger mit Verweis auf das Urheberrecht, quasi als Geheim-schutz durch die Hintertür,	„Durch (ein) Bundestransparenzgesetz werden wir staatliche Datenbestände der Allgemeinheit nach den Prinzipien der Open Data zur Verfügung stellen.“ (S. 69) „Das Statistische Bundesamt stärken wir ebenfalls, um die Datenverfügbarkeit für Politik, Öffentlichkeit und die Forschung zu verbessern und die Daten zeitnäher zur Verfügung zu stellen.“ (S. 69) „GovData wollen wir zu einem zentralen und nutzerfreundlichen Open- und E-Government-Portal ausbauen“ (S. 69) „Das Lobbyregister wollen wir für Bundesregierung, Bundesministerien und Bundestag	„Das Informationsfreiheitsgesetz wollen wir zu einem Transparenzgesetz ausbauen.“(S. 97) „Mit öffentlichen Mitteln erstellte Informationen müssen im Sinne von Open Data kostenlos öffentlich zugänglich sein. Insbesondere sollten Daten, die demokratische Kontrolle ermöglichen, wie Verträge für steuerfinanzierte Aufträge, Plenarprotokolle und Dokumente, maschinenlesbar und mit offenen Schnittstellen automatisiert abrufbar sein. Im Rahmen kommerzieller Smart-City-Projekte gesammelte Daten müssen	

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
	öffentliche Daten und Informationen kostenlos und diskriminierungsfrei bereitstellen. Durch einen legislativen und exekutiven Fußabdruck machen wir den Einfluss von Lobbyist*innen bei Gesetzesentwürfen sichtbar.“ (S. 25)	der Öffentlichkeit vorenthalten werden können.“ (S. 57)	nachscharfen und Ausnahmen ... abschaffen. Mit dem legislativen Fußabdruck schaffen wir Klarheit, wer bei der Entstehung von Gesetzen Einfluss nimmt.“ (S. 73)	der Allgemeinheit kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.“ (S. 97)	
4. Beteiligung, Barrierefreiheit und Inklusion					
„Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Mensch ein Recht auf digitalen Zugang hat , auch Menschen, die in Einrichtungen leben. Eine barrierefreie Medienvielfalt in Deutschland spielt für uns eine zentrale Rolle. Menschen mit Behinderungen sollen ihr Recht auf informatorische Selbstbestimmung wahrnehmen können. “ (S. 62)	„Die Digitalisierung darf die Gesellschaft nicht spalten. Der Zugang zum Netz muss bezahlbar sein. Für Bürger*innen mit geringem Einkommen, für Schüler*innen und Studierende werden wir darum einen Sozialtarif für den Netzzugang schaffen. Zur digitalen Teilhabe gehört die Barrierefreiheit.“ „Wir werden die Erfahrungen mit Bürgerräten aufgreifen und es uns zur Aufgabe machen, neue Wege der unmittelbaren Beteiligung an staatlichen Entscheidungen zu gehen.“ (S. 25)	„Entscheidender Adressat und Auftraggeber für mehr Bürgerbeteiligung sind für uns daher die Parlamente, etwa durch die Möglichkeit der Bürgerberatung durch Hausparlamente, die Erweiterung des Petitionsrechts um das „ Bürgerplenarverfahren “ oder durch per Zufallsauswahl besetzte Bürgerräte “ (S. 50)	„Wir wollen mit einem „ Barrierefreiheits-Gesetz “ erreichen, das private wie öffentliche Anbieter*innen öffentlich zugänglicher Angebote und Dienstleistungen zu umfassender Barrierefreiheit und den Bund innerhalb von zehn Jahren zur Herstellung der Barrierefreiheit seiner Gebäude verpflichtet“ (S. 73)	„Wir wollen neue digitale Beteiligungsformate für demokratische Entscheidungen entwickeln.“ (S. 97) „(Es) braucht inklusive digitale Formate und ausreichende Bereitstellung finanzieller Mittel, um den gleichberechtigten und chancengerechten Zugang zu Produkten und Dienstleistungen für alle sicherzustellen“ (S. 94) „Die digitale Anbindung ist eine zwingende Voraussetzung für soziale Teilhabe . Wir fordern einmalige Leistungen für die digitale Ausstattung von Erwachsenen. Die laufenden tatsächlichen Kosten für	

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
	„Wir werden ein Bundesprogramm Barrierefreiheit initiieren, das über entsprechende Ressourcen verfügen muss.“ (S. 44)			Digitales müssen in den Regelsätzen (der Sozialleistungen) enthalten sein.“ (S. 27)	
5. Politik und Gesetzgebung					
„In der kommenden Wahlperiode wollen wir die Anzahl der Gesetze um 20 Prozent reduzieren.“ (S. 98)		„Wir wollen die Amtszeit von Bundeskanzler/innen max. zwei volle Wahlperioden beziehungsweise max. zehn Jahre beschränken ... Wir wollen die Legislaturperiode des Deutschen Bundestags von vier auf fünf Jahre verlängern“ (S. 49f)	„Im Kontext wissenschaftsgeleiteter Politik wollen wir inter- und transdisziplinäre wissenschaftliche Expertise frühzeitiger – etwa durch „ Gesetzgebungslabore “ – in die Politikentwicklung einbeziehen. Die Technikfolgenabschätzung und das Monitoring der gesellschaftlichen Folgen politischer Maßnahmen sollten ausgebaut werden, um Entscheidungsträger*innen zu unterstützen.“ (S. 65) „ Der Bundestag (soll) mehr Verantwortung bei Infrastrukturprojekten übernehmen, wenn darüber Konfliktlösungen schneller erreicht werden können“ (S. 68) „die Verlängerung der Legislaturperiode und die Amtszeitbegrenzung für das Amt der Bundeskanzlerin oder des		„Kanzler, Ministerpräsidenten und Minister dürfen nicht mehr zugleich Abgeordnete sein. Die Institution der parlamentarischen Staatssekretäre ist abzuschaffen. Dies gilt auch für das Institut der „politischen Beamten“ in der Staatsverwaltung“ (S. 16) „Wir fordern eine Begrenzung der Mandatszeit für Abgeordnete auf vier und der Amtszeit für den Bundeskanzler auf zwei Legislaturperioden “ (S. 19)

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
			Bundeskanzlers (sollten) geprüft werden.“ (S. 74) „Die Sitzungen der Fachausschüsse sollen in der Regel öffentlich stattfinden und gestreamt werden. Die Abgeordneten sollen in ihren Kontrollrechten gegenüber der Regierung mit einem Akteneinsichtsrecht gestärkt werden. Komplexe Gesetzgebungsverfahren wollen wir verständlicher machen, indem Textgegenüberstellungen der Gesetzesänderungen öffentlich gemacht werden.“ (S. 74)		
II. Informationelle Selbstbestimmung					
1. Datenschutzrecht und –aufsicht					
„Datensicherheit und -schutz sind Grundpfeiler zur Sicherung von Vertrauen in digitale Lösungen. Datenschutz ist allerdings kein „Super-Grundrecht“. Eine übertriebene Auslegung von Datenschutzanforderungen darf nicht dazu führen, Innovationen zu hemmen und	„Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung werden wir schützen. Die DSGVO ... muss in ihrer Durchsetzung praxisnah verbessert werden. Wir brauchen daher gut ausgestattete, effektiv arbeitende Datenschutzaufsichtsbehörden .“ (S. 15)	„Wir wollen Datenschutz konsequent weiterentwickeln . Wir werden darauf achten, dass die Auswirkungen auf KMUs, deren Kerngeschäft nicht der Umgang mit personenbezogenen Daten ist, stärker berücksichtigt werden. Der bürokratische Aufwand der Verpflichtungen muss überprüft werden.“ (S. 43)	„Datenschutzbehörden sollen bei der Zusammenschlusskontrolle des Bundeskartellamts konsultiert und ihre Stellungnahmen bei der Entscheidung über eine Fusion berücksichtigt werden... eine Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten“ (S. 28/31) „Der Staat selbst muss mit gutem Beispiel vorangehen, die	„Verbraucher*innen müssen das Recht darauf haben, selbst zu bestimmen, was mit ihren Daten geschieht, ohne benachteiligt zu werden. Die DSGVO beinhaltet hierfür wichtige Rechte, die bisher jedoch nicht ausreichend schützen und genutzt werden.“ (S. 79)	„Die AfD fordert die Ab-schaffung der DSGVO und seine Ersetzung durch ein neues, schlankes Datenschutzgesetz zur Wahrung informationeller Selbstbestimmung. Einwilligungen zur Datenverarbeitung müssen jederzeit und wirksam widerrufbar sein.“ (S. 182)

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
Verfahren bürokratisch zu verlangsamen.“ (S. 94) „Wir wollen Rechtsunklarheiten beseitigen und Behördenstrukturen straffen. Wir werden die Datenschutzaufsicht in Deutschland harmonisieren. Es muss die Möglichkeit zu einer verbindlichen Auskunft geben. Dabei soll gelten: Einer genehmigt für alle – analog zum Medienrecht zur Lizenzierung von Fernsehsendern.“ (S. 94) „Wir werden uns dafür einsetzen, dass eine bessere Abstimmung und eine vergleichbare Auslegung auf europäischer Ebene erfolgen. Grundsätzliche Fragen sollen einmalig und EU-weit verbindlich auf EU-Ebene entschieden werden. Darüber hinaus sollen rein nationale Fragen ebenfalls einheitlich und rechtsverbindlich auf nationaler Ebene entschieden werden. Dazu wollen wir die Zusammenarbeit der		„Wir brauchen zielgenauere datenschutzrechtliche Regelungen etwa beim Schutz von Telekommunikationsdaten ... um mehr Rechtssicherheit zu bieten, ohne das Schutzniveau der DSGVO zu unterschreiten“ (S.43) „Die parlamentarische Kontrolle und Datenschutzaufsicht muss auch in den Kooperationsplattformen der Sicherheitsbehörden sichergestellt sein, insbesondere im GTAZ und GETZ.“ (S. 47)	wichtige Arbeit der Aufsichtsbehörden stärker unterstützen sowie ihre Kooperation im föderalen und europäischen Zusammenspiel verbessern, bis hin zur gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung und Durchsetzung.“ (S. 32) „Wir wollen (...) zeitnah Daten der Forschung, den politischen Entscheidungsträger*innen und der Zivilgesellschaft zur Verfügung stellen. Wir richten ein öffentliches Dateninstitut mit einem gesetzlichen Forschungsauftrag ein, um Grundsatzfragen zur besseren Verfügbarmachung oder Anonymisierung von Daten zu behandeln und die Vernetzung, Entwicklung von Standards und Lizenzmodellen voranzutreiben.“ (S. 69) „Die Kooperation und Kommunikation zwischen den Sicherheitsbehörden, auch über Ländergrenzen, muss reformiert werden, wozu die Schaffung rechtlicher Grundlagen für die Terrorabwehrzentren	„Die Datenschutzgrundverordnung muss gefestigt und erweitert werden. Unternehmen, die gegen Datenschutzauflagen verstoßen, sind konsequent zu sanktionieren. Dazu gehört eine Stärkung der Datenschutzbehörden.“ (S.96)	„Datenschutzbehörden will die AfD in ihrer Rolle bestärken und auch gegenüber staatlichen Stellen sanktionsfähig machen, da der Staat dieselben Datenschutzregeln wie der Bürger einzuhalten hat“ (S. 182)

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
Behörden verbessern.“ (S. 94)			GTAZ und GETZ gehört.“ (S. 83)		
2. Digitale Souveränität / Technologischer Daten- und Privatsphärenschutz					
„Wir sorgen für mehr Datentransparenz bei digitalen Angeboten. Wir wollen einfache, verständliche Allgemeine Geschäftsbedingungen. Verbraucher sollen wissen, was mit ihren Daten geschieht, wenn sie damit vermeintlich „kostenlose“ Dienste bezahlen und aktiv über die Nutzung ihrer Daten entscheiden“. (S. 57) „Wir wollen allen ermöglichen, schnell und sicher im Internet unterwegs zu sein und gleichzeitig eine mündige Entscheidung über die Nutzung der eigenen Daten zu treffen. Dafür müssen Einverständnis-erklärungen und Cookie-Einwilligungen einfacher und klarer erteilt werden können. Neue Möglichkeiten eröffnet ein freiwilliger Daten-spendepass.“ (S. 57)	„Die Selbstbestimmung und digitale Mündigkeit der Bürger*innen ist unser Leitbild, damit die Digitalisierung allen zugutekommen kann“. (S. 13) „Bürger*innen sollen, nach dem Modell einer digitalen Life-Chain, Berechtigungen selbst vergeben und auch wieder löschen können und somit kontrollieren, wer wann auf ihre Daten zugreift.“(S. 13) „Wir stehen für die digitale Souveränität von Bürger*innen ein. Wir werden gemeinsam mit den EU-Mitgliedsstaaten eine starke und präzise Regulierung schaffen, den Wettbewerb sichern und alternative Angebote fördern. Es braucht mehr Angebote mit hoher Datensouveränität.“ (S. 14)	„Wir wollen alle Planungen zur Einführung von Bürgerkonten oder Cockpits zu einer einheitlichen digitalen Plattform zusammenführen: dem Deutschland-portal ... Es gewährt Einblick in alle sie betreffenden personenbezogenen Daten, die der Staat gespeichert hat. Alle Zugriffe werden über einen externen Kontroll-Server geloggt, und der behörden-seitige Zugriff löst automatisch eine Benachrichtigung aus. Im Fall eines laufenden Verfahrens kann die Benachrichtigung auch nach Verfahrensabschluss erfolgen. Die Bürger/innen haben auf Nachfrage ein Recht, den Grund für den Datenzugriff zu erfahren.“ (S. 31) „Datenschutzrechtlich ebenso wirksame, aber	„Im industriellen Bereich wollen wir neue Ansätze schaffen, um eine gemeinsame, freiwillige Nutzung von nicht personenbezogenen als auch von anonymisierten Daten...zu verbessern und rechtssicher zu gestalten. Hierfür braucht es klare gesetzliche Spielregeln für kooperative und dezentrale Datenpools und Datentreuhandmodelle wie zum Beispiel Datengenossenschaften, die eine gemeinsame und durch Kartellbehörden überprüfbare Nutzung dieser Daten ermöglichen. Wir wollen eigene europäische Standards und Regeln setzen.“ (S. 30) „Wir setzen Anreize für guten Datenschutz und beste IT-Sicherheit, wollen innovative, technische Ansätze zum effektiven Schutz der Privatsphäre ausbauen und Auditierungen und europäisch einheitliche	„Datensouveränität und digitaler Zugang gehören zu einer staatlich garantierten Grundversorgung. Sie müssen einklagbare soziale Grundrechte werden. Das bedeutet für uns auch, dass die digitale Teilhabe niemals die soziale Begegnung ohne digitale Geräte ersetzen darf.“ (S. 11) „Plattformen ... müssen verpflichtet werden, ihre Daten mit öffentlichen Behörden zu teilen. Wettbewerber*innen sollen ein Zugriffsrecht auf Daten von Plattformen bekommen, die auf Datenmonopolen basieren. Das kann über Treuhand organisiert werden.“ (S. 93) „Alle kommerziellen Dienste und Softwarehersteller müssen verpflichtet werden, den Import und Export aller persönlichen	„Eingriffe in die Privatsphäre durch ... Großkonzerne, Behörden und Geheimdienste überschreiten z.T. die grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechte. Dieser Gefährdung ... wollen wir entgegenwirken, den Bürgern ihre informationelle Selbstbestimmung zurückgeben und diese verfassungsrechtlich stärken.“ (S. 25) „Die AfD (wehrt sich) gegen jeglichen Missbrauch digitaler Techniken, die zur Überwachung oder Bevormundung von Bürgern und Unternehmen führen. Wir fordern auch hier die Einhaltung des Grundgesetzes und aller rechtsstaatlichen Prinzipien bei der Erstellung und Nutzung von digitalen Diensten.“ (S. 180)

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
„Wir werden den Wechsel zwischen Anbietern erleichtern, indem Schnittstellen und technische Standards für die Datenmitnahme geschaffen werden. Wir wollen die Interoperabilität von Messenger-Diensten verbessern.“ (S. 57)	„Es muss möglich sein, zwischen verschiedenen Messenger-Diensten, sozialen Netzwerken und digitalen Diensten und Plattformen zu kommunizieren oder zu wechseln. Diese Interoperabilität werden wir gesetzlich vorschreiben.“ (S. 14) „Wir sind gegen eine Klarnamenpflicht im Netz und setzen uns weiterhin für die Möglichkeit einer anonymen und pseudonymen Nutzung ein. Eine technisch sichere Ende-zu-Ende-Verschlüsselung ist für uns selbstverständlich“ (S. 15) „Wir werden ein Datengesetz schaffen, das das Gemeinwohl in den Mittelpunkt rückt. Dafür werden wir eine vertrauenswürdige Daten-Teilen-Infrastruktur fördern, öffentliche Datentreuhänder einrichten und gleichzeitig dafür sorgen, dass die großen Konzerne ihre Daten für gemeinwohlorientierte	weniger aufwendige technische Lösungen müssen nutzbar gemacht werden. Schon bei der Konstruktion von Hard- und Software muss Datenschutz mitgedacht und die Ausübung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung erleichtert werden.“ (S. 43) „Wir wollen mehr Selbstbestimmung und Transparenz beim Datenschutz. Personenbezogene Daten dürfen grundsätzlich nur nach Zustimmung oder auf einer eindeutigen gesetzlichen Grundlage verarbeitet werden. Es muss klar sein, zu welchem Zweck und von wem Daten verwendet werden. Die informationelle Selbstbestimmung wollen wir erleichtern, z.B. durch technische Gestaltung (privacy by design and default) oder die Möglichkeit, Assistenz-Systeme (Personal Information Management Systems (PIMS)) zu nutzen.“ (S. 43)	Zertifizierungen vorantreiben.“ (S. 32) „Es braucht einen Paradigmenwechsel hin zu gemeinsamen Standards statt abgeschotteter Datensilos und zum Beispiel die Möglichkeit, über Datentreuhandmodelle einfaches und datenschutzfreundliches Datenteilen zu ermöglichen.“ (S. 69)	Inhalte in offenen Formaten anzubieten“ (S. 93) „Wir wollen eine Wahlfreiheit durch Interoperabilität und Datenportabilität zwischen den Diensten. Das darf nicht zulasten von Sicherheitsstandards gehen.“ (S. 96) „Wir wollen Entwicklung und Betrieb von Open-Source-Betriebssystemen und Anwendungen staatlich fördern, um die Nachvollziehbarkeit, Kontrolle und Verbesserung der Systeme zu ermöglichen ... Kommerzielle Softwarehersteller müssen verpflichtet werden, alle gängigen und insbesondere freie Betriebssysteme und Plattformen zu unterstützen. Auch kommerzielle Software muss ihren Quellcode mitliefern (S. 95) „Wir setzen uns gegen die Bestrebungen der EU-Kommission ein, Ende-zu-Ende-Verschlüsselung zu kriminalisieren. Die Möglichkeit	Sie fordert u.a. „Verzicht auf Anwendung von Digitalisierung, die totalitäre Strukturen befördert; Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien auch im digitalen Bereich (Internet, soziale Medien und Plattformen)“ (S. 181)

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
	Ziele teilen müssen. Rückschlüsse auf einzelne Personen dürfen dabei nicht möglich sein.“ (S. 15) „Wir fördern die Entwicklung von Anonymisierungstechniken und setzen uns für strafbewehrte Verbote von De-Anonymisierung ein.“ (S. 15)	„Personenbezogene Daten sind heute ein Wirtschaftsgut. Deshalb sollte die informationelle Selbstbestimmung auch im AGB-Recht gestärkt werden. Wir brauchen eine faire und funktionierende Datenwirtschaftsordnung.“ (S. 43) „Entscheidungsfreiheit setzt Datenportabilität voraus. Mittelfristig wollen wir eine Interoperabilität zwischen Diensten verschiedener Anbieter erreichen und die Anbieter dazu verpflichten, die notwendigen Schnittstellen bereitzuhalten.“ (S. 44) „Wir wollen einen EU-weiten Rechtsrahmen für nichtpersonenbezogene Daten schaffen. Die Nutzenden sollen ein Nutzungsrecht an den Daten erhalten, an deren Erzeugung sie mitgewirkt haben.“ (S.45) „Eine generelle Datenteilungspflicht lehnen wir ab		der Ende-zu-Ende-Verschlüsselung ist essenzieller Bestandteil des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung.“ (S. 95) „Die Nutzung öffentlich zugänglicher Angebote muss möglich sein, ohne dass die dabei entstehenden Daten wirtschaftlich verwertet werden ... Geschäftsbedingungen müssen allgemeinverständlich sein und die Möglichkeit beinhalten, die Weiterverwendung der anfallenden Daten auszuschließen.“ (S. 95) „Die Impressumspflicht wollen wir überarbeiten, um die Privatsphäre von Websitebetreiber*innen zu sichern.“ (S. 95) „Das Fernmeldegeheimnis und der Schutz gespeicherter Daten muss auch für Jugendliche gelten: Eltern dürfen sich zu offensichtlich geschützten Daten keinen Zugang verschaffen. Apps zur Überwachung ...lehnen wir ab.“ (S.96)	

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
		...stattdessen wollen wir den Zugang zu Datenbeständen sektorbezogen und gegen Entgelt ermöglichen, wenn ein Wettbewerber keine Chance hat, selbst entsprechende Datenbestände aufzubauen.“ (S. 45) „Wir setzen uns für ein Recht auf Verschlüsselung ein und fordern eine grundsätzliche Verschlüsselung elektronischer Kommunikation. Jede Einschränkung des Einsatzes von Kryptographie und jede Verpflichtung zum Offenhalten von IT-Sicherheitslücken lehnen wir ab“ (S. 45)		„Für die Softwareprogrammierung müssen Vorgaben zur energiesparenden Programmierung erfolgen. Das Prinzip der Datensparsamkeit muss gesetzlich wirksam verankert werden. Neben der Erfüllung des Datenschutzes senkt dies auch den Stromverbrauch digitaler Anwendungen.“ (S. 101)	
3. Beschäftigtendatenschutz und Mitbestimmung					
„Wir werden die Möglichkeit von Online-Wahlen schaffen, wenn der Wahlvorstand diese befürwortet (...) wir werden auch in den kommenden Jahren in einer digitalen Arbeitswelt (...) Mitbestimmungsrechte sichern.“ (S. 38)	„Bei der Digitalisierung der Unternehmen müssen die Belegschaften auf Augenhöhe beteiligt werden.“ (S. 28) „Wir werden ein Verbandsklagerecht der Gewerkschaften einführen.“ (S. 38)		„Wir wollen mit klaren Mindeststandards beim Arbeits- und Datenschutz und bei den allgemeinen Geschäftsbedingungen, mit einem starken Beschäftigtendatenschutz und einem digitalen Zugangsrecht für Gewerkschaften für Fair-	„Wir brauchen ein Beschäftigtendatenschutzgesetz , das die Verwertung der im Arbeitsprozess digital anfallenden personenbezogenen Daten sowie die Überwachung von Beschäftigten verbietet und Verstöße hart sanktioniert.“ (S. 92)	

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
	schaften und ein Beschäftigtendatenschutzgesetz einführen.“ (S. 29)		play bei der Plattformökonomie und insgesamt in der digitalen Arbeitswelt sorgen.“ (S. 44)	„Das Mitbestimmungsrecht von Betriebs- und Personalräten muss bei der Einführung von Digitaltechnologien und digitalen Arbeitsprozessen gestärkt und erweitert werden.“ (S. 92)	
4. Whistleblower					
		„Whistleblower sollten nicht arbeits-, personal- oder strafrechtlich belangt werden Voraussetzung ist, dass sie vorher den Dienstweg ausgeschöpft haben oder dieser unzumutbar war. Whistleblowerinnen sollen auch vor der Strafverfolgung durch ausländische Staaten geschützt werden. Die EU-Richtlinie zum Schutz von Whistleblowern soll umgehend in deutsches Recht umgesetzt werden. “ (S. 49)	„...ein Hinweisgeberschutzgesetz , das die EU-Whistleblower-Richtlinie ambitioniert und umfassend auch für das gesamte nationale Recht umsetzt. Darin festgeschrieben sind ein zweistufiges Meldeverfahren sowie ein Entschädigungsfonds , mit dem das persönliche Risiko minimiert wird.“ (S. 83)	„Wir brauchen ein Whistleblower-Schutzgesetz in Deutschland, damit diese Personen geschützt werden und nicht aus Angst vor Repressalien schweigen.“ (S. 79)	„ Die EU-Richtlinie zum Hinweisgeberschutz ist unzureichend. Wir fordern ein einheitliches deutsches Gesetz ... sowie eine entsprechende Anpassung des Beamtenrechts. Wichtige Bestandteile ... interne Whistleblower-Kanäle und alternative externe Meldemöglichkeiten bei einer unabhängigen, selbstständigen Behörde sowie der vollumfängliche Schutz des Hinweisgebers vor Repressalien, inkl. einer gesetzlich garantierten Vertraulichkeit.“ (S. 25)
5. Digitale Aufklärung und Bildung					
„Schüler benötigen digitale Kompetenzen . Diese umfassen ein technisches	„Jedem/r Schüler*in muss ein digitales Endgerät und Zugang zum Internet zur Verfügung stehen ... Wir	„Wir fordern eine Reform des Bildungsföderalismus und eine Grundgesetzände-	„Wir stärken die digitale Bildung als Gemeinschaftsaufgabe ... mit Fortbildungen für	„Jedes Kind muss (neben einem digitalen Endgerät) einen Drucker, sowie mit	„Grundsätzlich benötigen Schulen eine moderne, zeitgemäße IT-Ausstat-

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
und informatisches Grundverständnis und ebenso Medienkompetenz, insb. die Fähigkeit, Medien zu nutzen, Inhalte sowie die Funktionsweise von digitalen Technologien und KI zu bewerten.“ (S. 82) „Wir wollen bestehende und neue digitale Bildungsplattformen zu einem bundesweiten und europäisch anschlussfähigen Plattform-System verknüpfen. Die Plattform ist Kernstück eines neuen digitalen Bildungsraums für Deutschland“ (S. 82)	werden ein Modernisierungsprogramm des Bundes aufsetzen, das ... auch die digitale Ausstattung umfasst“ (S. 13) „Auf einer Open-Source-Plattform, die bereits durch den Digitalpakt beauftragt und finanziert ist, sollen künftig länderübergreifend Lehr- und Lernmaterialien und Unterrichtskonzepte für alle zugänglich sein: offen, dezentral, sicher und vernetzt. Die Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen ist dabei ein zentrales Ziel.“ (S. 13) „Notwendig ein System, das die Qualität der eingestellten Medien auf solchen offenen Plattformen prüft und sichert. Wir werden die Entwicklung datenschutzkonformer intelligenter Lehr- und Lernsoftware unterstützen“ (S. 13) „Wir brauchen ein Recht auf digitale Bildung und	rung (Digitalpakt 2.0), damit Bund und Länder zusammen für die Sicherstellung der Qualität, die Leistungsfähigkeit und die Weiterentwicklung des Bildungswesens wirken können.“ (S. 16) „Wir fordern MakerSpaces an Schulen: Kreativzonen, in denen digitale Medien eine zentrale Rolle spielen. Dabei setzen wir auch auf verstärkte Kooperationen mit außerschulischen Initiativen.“ (S. 17) „Wir die bundesweite Einführung der Schulfächer Wirtschaft und Informatik“ (S. 18) „Zusätzlich zur Technik muss auch in IT-Administratorinnen und IT-Administratoren, Dienstgeräte für Lehrkräfte, digitales Lernmaterial sowie Fortbildungen investiert werden“ (S. 18) „Wir fordern die Entwicklung klarer Standards zum	Fachkräfte und Unterstützungsangeboten für Eltern. Alle sollen digitale Kompetenzen erwerben können, das geht nur mit entsprechender Hardware und Internetanbindung“ (S. 41) „Vor kommerziellem Sammeln ihrer Daten durch private Anbieter werden wir Kinder schützen.“ (S. 41) „Mit einer zeitgemäßen, datenschutzfreundlichen digitalen Ausstattung und Strukturen, die die Schulen beim digitalen Lehren und Lernen wirkungsvoll unterstützen – mit Fort- und Weiterbildungsangeboten für das pädagogische Fachpersonal sowie einem zentralen Ort der Beratung und des Austauschs zur Bildung in einer digitalen Welt. Hauptberufliche Administrator*innen sind notwendig.“ (S. 62) „Wir (wollen) Anwendungen wie quelloffene und sichere Lernplattformen oder Videokonferenzsysteme umfassend fördern und setzen uns für die	einem kostenfreien Bildungstarif Zugang zum Internet zu Hause erhalten...Der DigitalPakt Schule ... muss verstetigt werden.“ (S. 49) „Die IT-Infrastruktur aller Schulen und Hochschulen muss mit schnellen und leistungsfähigen Breitbandanschlüssen, WLAN für alle und einer zeitgemäßen Hard- und Software-Ausstattung ausgebaut werden.“ (S. 49) „Offene Software und Open Educational Resources (OER) sind zu fördern... In Bildungseinrichtungen eingesetzte Software sollte freie Software sein.“ (S. 49) „Statt Leuchtturmprojekten braucht es eine Digitalisierungsoffensive für die Hochschulen bundesweit. Lehrenden muss der Zugang zu Fort- und Weiterbildung für digitale Lehr- und Lernangebote erleichtert werden.“ (S. 49)	tung... Allerdings muss Digitalisierung stets unter den Prämissen der Sinnhaftigkeit und der Arbeitserleichterung betrachtet werden. Dazu sind verbindliche Kriterien für Rahmenlehrpläne und schulinterne Curricula zu definieren, wie sich digitale Medien innerhalb des Lehr-Lern-Prozesses didaktisch-methodisch und altersgerecht sinnvoll sowie datenschutzkonform einsetzen lassen.“ (S. 149) „Die ersten vier Schuljahre sollten vorwiegend digital-freie Räume sein, da sie der Aneignung der grundlegenden Kulturtechniken Lesen, Rechnen und Schreiben dienen“ (S. 150)

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
	Weiterbildung für alle Generationen.“ (S. 14) „Wir wollen Entwicklungsräume schaffen, in denen die digitale Transformation der Medienwelt gelingt, und diese mit Bildungsangeboten verknüpfen.“ (S. 49)	Einsatz von Learning Analytics an Schulen. KI bietet eine Möglichkeit zur Individualisierung des Lernens und Lehrens ... Die Auswertung von Daten über Lernende verbessert das Lernen und die Lernumgebung. Dies muss aber unter Wahrung des Datenschutzes geschehen.“ (S. 18)	Umsetzung des Rechts auf Löschung personenbezogener Daten für Kinder ein“ (S. 65) „Wir wollen den DigitalPakt zu einem echten gemeinsamen Vorhaben nachhaltig und dauerhaft weiterentwickeln.“ (S. 62) „Wir werden über eine Digitalisierungspauschale die IT-Infrastruktur an Hochschulen stärken und die IT-Barrierefreiheit einfordern“ (S. 65)	„Eingesetzte Lernsoftware darf keine personenbezogenen Daten der Schüler*innen außerhalb der Schule speichern ... Die Datenspeicherung muss datenschutzkonform und dezentral erfolgen.“ (S.98) „Schüler*innen haben darüber hinaus ein »Recht auf Vergessenwerden«“ Die Erhebung von biometrischen Daten von Lernenden sowie KI-basierte Prognosesysteme, die Lernerfolge voraussagen, lehnen wir ab.“ (S. 98) „Die Lehrer*innen müssen fortgebildet werden in der Benutzung dieser Technologien und in Datenschutz- und Datensicherheitsfragen.“ (S. 98)	
6. Digitaler Verbraucherschutz					
„Die Datenkompetenz in der Verbraucherbildung und -aufklärung wollen wir weiter stärken.“ (S.56) „(Wir) werden das gesamte bürgerliche Vertragsrecht, insbesondere	„Zu viel Marktmacht (von Plattformen) einzelner schadet dem Wettbewerb und damit letztlich den Verbraucher*innen. Wir wollen Entwicklungen am Markt voraus sein und ein	„Wir wollen die Durchsetzung von Verbraucherrechten vereinfachen, zum Beispiel durch „Smart Contracts“, die eine automatische Entschädigung	„Den Verbraucherschutz wollen wir zu einem Zweck des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen machen und seine behördliche Durchsetzung effektiv stärken.“ (S. 28)	„Wir wollen eine eigenständige Verbraucher-schutzbehörde mit starken Durchsetzungsbefugnissen.“ (S. 78)	„Das BSI soll zu einer Behörde des digitalen Verbraucherschutzes ausgebaut werden.“ (S. 183)

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
den elektronischen Rechtsverkehr, modernisieren.“ (S. 56) „(Wir wollen) für viele Bereiche bundesweit einsetzbare Apps und digitale Hilfsmittel entwickeln lassen.“ (S. 56) „Wir wollen einen Rechtsrahmen für sogenannte smart contracts schaffen. Beim Eintritt eines Schadensfalls, zum Beispiel bei einer Flugverspätung, wird automatisiert die Entschädigung auf das Kundenkonto überwiesen.“ (S. 57)	präventives und proaktives Wettbewerbs- und Kartellrecht schaffen. In das Kartellrecht werden wir verstärkt vorbeugende Kontrollen integrieren.“ (S. 14)	von Verbrauchern bei Verspätungen vorsehen“ (S. 48)	„(Wir) werden die Spielräume der EU-Vorgaben (Recht auf Reparatur, Designvorgaben) voll ausschöpfen und uns gleichzeitig für mehr Verbraucherschutz in der EU engagieren“ (S. 85) „Ein Label soll erkennbar und vergleichbar machen, wie lange Ersatzteile und Softwareupdates zur Verfügung gestellt werden“ (S. 85)“	„Wir (brauchen) ein starkes Verbraucherinformationsgesetz...Wir wollen einen strengeren Transparenzstandard für Online-marktplätze und -plattformen“ (S. 78) „Ein negativer Schufa-Score muss nach einem Jahr wieder gelöscht werden. In Zukunft (sollen) Bonitätsauskünfte nicht mehr durch ein privates Unternehmen, sondern nur noch durch die öffentliche Hand erlaubt sein.“ (S. 78)	
III. Sicherheitspolitik					
1. IT- und Cybersicherheit					
„Wir müssen neue Fähigkeiten im Cyber- und Informationsraum sowie im Weltraum aufbauen und streben eine rechtliche Regelung der militärischen Nutzung von KI, Cyber- und Weltraumfähigkeiten an.“ (S. 13)	„Das BSI als zentrale, unabhängige und ausschließlich präventiv ausgerichtete Cybersicherheitsbehörde werden wir stärken und die Verschlüsselungsforschung ausbauen.“ (S. 15)“ „Wir wollen Hersteller darauf verpflichten, Softwareprodukte, digitale Dienste	„Gemeinsam mit den Ländern, Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen wollen wir eine Nationale Strategie für Cybersicherheit in der Wissenschaft auf den Weg bringen“ (S. 23)	„Gute IT-Sicherheit und klare rechtsstaatliche Standards sichern Grundrechte und sind die Voraussetzung, damit der digitale Wandel gelingt. Der Staat bleibt in der Pflicht, diese zu gewähren. Gerade die kritische Infrastruktur. Gute IT-Sicherheit ist auch ein wichtiger Standortfaktor. Wer digital souverän sein will,	„Die Haftung der Hersteller für IT-Sicherheit muss ausgeweitet werden. Wir brauchen gesetzliche Vorgaben zur Produktlebensdauer, die den verpflichtenden Support und Sicherheitsupdates für diese Zeit vorsehen... Spätestens wenn Hersteller ... keine Sicherheitsupdates	„Öffentliche Ausgaben für die Erforschung und Anwendung von Quanten-Kryptographie müssen aus Gründen der nationalen Sicherheit, der Vermeidung von Wirtschaftsspionage und für die IT-Sicherheit der Bürger umgehend und

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
„Das BSI ... soll neben dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Bundeskriminalamt eine starke dritte Säule der Cyber-Sicherheitsarchitektur bilden...Das BSI wollen wir so ausstatten, dass es als zentrale Zertifizierungs- und Standardisierungsstelle im internationalen Wettbewerb bestehen kann.“ (S. 118) „Das Nationale Cyber-Abwehrzentrum wollen wir so weiterentwickeln, dass es in komplexen Schadenslagen bundesweit eine Abwehr von Gefahren und Angriffen koordinieren kann.“ (S. 118) „Einen bestimmten Anteil der Sachmittel für IT-Vorhaben des Bundes für Informationssicherheit aufzuwenden („Cyber-Quote“), um eine sichere Digitalisierung zu gewährleisten.“ (S. 118) „Wir wollen, dass Deutschland Weltmarktführer für	und technische Geräte so zu konzipieren, dass sie sicher sind (Security by Design) und dass sie bei den Standardeinstellungen die sicherste Variante wählen (Security by Default). Digitale Hintertüren sollen nicht offen gehalten werden.“ (S. 15)	„Deshalb brauchen wir eine tatsächlich umsetzbare und agile Cybersicherheitsstrategie. Bestandteile davon müssen ein wirksames Schwachstellenmanagement und ein Recht auf Verschlüsselung sein. Dazu gehören ebenfalls die Vorgabe von security-by-design inkl. Haftung der Hersteller für Schäden, die fahrlässig durch IT-Sicherheitslücken verursacht werden, und eine Verpflichtung der Hersteller, während der üblichen Nutzungsdauer eines Produkts Updates zur Verfügung zu stellen.“ (S. 31) „Wir lehnen digitale Vergeltungsschläge (Hackbacks) ab. Für mehr Cybersicherheit als strategisches Sicherheitsziel der Bundesrepublik Deutschland sind die entsprechenden Strukturen des Bundes, wie das BSI zu stärken und aufzurüsten.“ (S. 31)	muss entsprechend handeln und darf die Sicherheit aller nicht unterlaufen.“ (S. 32) „Die Unabhängigkeit des BSI stärken wir. Bei staatlichen IT-Projekten muss IT-Sicherheit von Anfang an mitgedacht und implementiert werden. Zudem wollen wir die Entwicklung sicherer Hardware gezielt fördern ... (Wir) führen eine Verpflichtung zu einer angemessenen, risikoorientierten und benutzerfreundlichen Bereitstellung von Sicherheitsupdates ein.“ (S. 34) „(Den Bevölkerungsschutz) für digitale Bereiche wollen wir, zum Beispiel über ein Cyber-Hilfswerk, fit machen.“ (S. 83) „(Es) soll eine Verpflichtung eingeführt werden, Sicherheitslücken zu melden und aktiv auf ihre Behebung hinzuwirken. Unternehmen dürfen nicht dazu verpflichtet werden, die IT-Sicherheit und Netzintegrität auf Kosten der Allgemeinheit zu gefährden.“ (S. 84)	mehr liefern, muss der Quellcode veröffentlicht werden“ (S. 101) „Der Aufkauf von Informationen über und Beauftragung von Sicherheitslücken in IT-Systemen durch Geheimdienste muss verboten und unterbunden werden ... Es muss eine Verpflichtung zur Meldung von Sicherheitslücken geben. Forschung zur IT-Sicherheit muss stärker gefördert werden und darf nicht kriminalisiert werden.“ (S. 95) „Im Bereich der Abwehr von Angriffen auf die IT-Sicherheit haben Bundeswehr und Geheimdienste nichts zu suchen, stattdessen werden wir die Unabhängigkeit des BSI stärken und dessen Beratungs- und Hilfsangebote ausbauen.“ (S. 95) Die Haftung der Hersteller für IT-Sicherheit muss ausgeweitet werden. Wir brauchen gesetzliche Vor-	deutlich aufgestockt werden.“ (S. 182) „Die zahlreichen IT-Sicherheitsgesetze und -strategien in Deutschland müssen umgehend aktualisiert und konsolidiert werden, da die hohe Komplexität ihres Zusammenwirkens IT-Sicherheit eher gefährdet, statt die zu fördern.“ (S. 182) „Behörden dürfen keine Software-Hintertüren nutzen, Sicherheitslücken sind sofort zu melden und konsequent zu schließen.“ (S. 182) Auch kommunale kritische Infrastrukturen und Einrichtungen müssen besser vor Hacker-Angriffen geschützt werden. Wir wollen einen einheitlichen Rechtsrahmen zur Standardisierung und Zertifizierung von IT-Infrastrukturen, -Produkten, -Dienstleistungen und -Systemen.“ (S. 183)

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
sichere IT-Lösungen und attraktiver Standort für innovative Unternehmen der Cybersicherheit wird. Dazu gehören führende Verschlüsselungstechnik und Security-by-design-Lösungen“ (S. 118) „Das BSI ... soll neben dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Bundeskriminalamt eine starke dritte Säule der Cyber-Sicherheitsarchitektur bilden.“		Wir fordern ... ein geregeltes Schwachstellenmanagement. Der Staat darf keine Sicherheitslücken für Ermittlungszwecke aufkaufen. Wenn einer staatlichen Stelle Sicherheitslücken bekannt werden, muss sie diese umgehend BSI melden, das eine Schließung der Lücke durch den Hersteller herbeiführt oder, wenn dies nicht gelingt, die Lücke nach den allgemeinen Grundsätzen der Cybersicherheit koordiniert veröffentlicht.“ (S. 45)	„(Es) braucht ressortübergreifende Strategien zur Bekämpfung hybrider Bedrohungen, klare rechtliche Vorgaben und eine starke parlamentarische Kontrolle für das Handeln der Bundeswehr im Cyberraum. Die Bundeswehr braucht ein an Schutz und Defensive orientiertes Selbstverständnis im digitalen Raum. Gleichzeitig müssen alle staatlichen Institutionen kontinuierlich ihre Resilienz stärken und gerade Betreiber*innen kritischer Infrastrukturen hierbei unterstützt werden.“ (S. 106)	gaben zur Produktlebensdauer, die den verpflichtenden Support und Sicherheitsupdates für diese Zeit vorsehen. Per Verordnung muss Security by Design und by Default vorgeschrieben werden. Das sollte auf europäischer Ebene als Regelung für den Binnenmarkt umgesetzt werden. Eine Sicherheitszertifizierung muss obligatorisch für den Marktzugang werden.“ (S. 95)	
2. Innere Sicherheit, Nachrichtendienste, Verteidigung und Justiz					
„Wir wollen im Bundkanzleramt einen Nationalen Sicherheitsrat schaffen, der außen- und sicherheitspolitische Koordinierung, strategische Vorausschau und nachrichtendienstliche Erkenntnisse des Bundes und der Länder zusammenführt.“ (S. 7)	„Wir werden ein dauerhaftes, regelmäßiges und unabhängiges Monitoring der Gesetze im Sicherheitsbereich schaffen.“ (S. 15) „Zur Verfolgung von aus dem oder im Internet begangenen Straftaten braucht es technisch und personell hinreichend aus-	„Wir lehnen die anlasslose Vorratsdatenspeicherung ab ... und schlagen Quick-Freeze-Verfahren als grundrechtsschonende Alternative vor.“ (S. 44) „Wir lehnen die potentiell lückenlose digitale Überwachung der Menschen durch den Einsatz von „Staatstrojanern insbesondere zur nachrichtendienstlichen Aufklärung,	„Die Digitalisierung der Justiz wie auch ihren Personalbedarf werden wir durch einen Bund-Länder-Digitalpakt Justiz in Fortsetzung und Konkretisierung des auslaufenden Pakts für den Rechtsstaat mit ausreichender Finanzierung umsetzen. Polizei und Staatsanwaltschaft müssen digital zusammenarbeiten können, wozu es einheitliche Programme und zureichende	„Videoüberwachung im öffentlichen Raum muss beendet werden. Automatisierte Gesichtserkennung wollen wir verbieten.“ (S. 96) „Wir lehnen die anlasslose Vorhaltung und zentrale Speicherung von biometrischen Daten wie Fotos von Gesichtern und Fingerabdrücken ab. Entsprechende	„Der behördlich organisierte „Verfassungsschutz“ muss schnellst-möglich auf den Prüfstand gestellt und so reformiert werden, dass er in Zukunft nicht mehr als parteipolitisches Instrument gegen politische Gegner missbraucht werden kann.“ (S. 16) „Insbesondere den neuen hybriden Bedrohungen und

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
„Zünftig (sollen) software-gestützte Werkzeuge verstärkt zum Einsatz kommen, mit deren Hilfe sich die Tatmuster von Einbrechern vorhersagen lassen.“ (S. 106) „An öffentlichen Gefahrenorten ... sowie in Bussen und Bahnen wollen wir den intelligenten Videoschutz weiter ausbauen. Dabei wollen wir die Chancen der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz noch besser nutzen ... Wir (wollen) die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die automatisierte Gesichtserkennung an Gefahrenorten in Deutschland eingesetzt werden kann.“ (S. 107) „Internetdienste müssen verpflichtet werden, bei Kenntnis von sexuellem Missbrauch von Kindern auch Bestandsdaten ... an die Ermittler weiterzugeben ... (auf EU) Ebene eine grundrechtskonforme Regelung zur Speicherung	gestattete Strafverfolgungsbehörden. Bei hinreichenden tatsächlichen Anhaltspunkten auf eine Straftat müssen Verdächtige identifiziert werden können. Wir werden die nationalen Schutzvorschriften im Strafgesetzbuch und Netzwerkdurchsetzungsgesetz weiterentwickeln und setzen uns für verbindliche Regelungen auf europäischer Ebene (Digital Service Act) ein.“ (S. 16) „Wir verbessern die Strukturen der Sicherheitsbehörden und sorgen für eine reibungslosere Verzahnung mit der Justiz. Auch hierfür ist es notwendig, dass wir den Pakt für den Rechtsstaat fortführen.“ (S. 51) „Cyberattacken, Desinformation und Terrorismus stellen erhebliche Bedrohungen dar, die schnell weite Teile Bevölkerung betreffen können. Wir sor-	ab. Solange nicht sichergestellt ist, dass der Kernbereich der privaten Lebensgestaltung der Menschen geschützt ist, hat ihr Einsatz zu unterbleiben. Für Quellentelekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) und Online-Durchsuchung muss derselbe Maßstab gelten.“ (S. 45) „Wir fordern ein Recht auf Anonymität im öffentlichen (und digitalen) Raum und lehnen den Einsatz der automatisierten Gesichtserkennung ... und flächendeckenden Videoüberwachung ab.“ (S. 45) „Wir fordern eine Überwachungsgesamtrechnung bei jedem Gesetzgebungsverfahren im Sicherheitsrecht. Bis zu ihrer Einführung fordern wir ein Sicherheitsgesetz-Moratorium.“ (S. 45) „In einem Digitalpakt für die Justiz soll sich der Bund daran beteiligen, die technische Ausstattung der Justiz in den Ländern zu verbessern ... Wir wollen den	Bandbreiten braucht. (Zur einfacheren Kommunikation zw. Bürger und Justiz) gehört der leichte Zugang zum Recht durch schnelle Online-Verfahren für einfache Rechtssachen und zu stärkenden konsensualen Verfahren der Streitbeilegung“ (S. 70) „(Wir wollen) ein Gesetz für digitalen Gewaltschutz, das die Möglichkeit beinhaltet, gegen Accounts vorzugehen, wenn kein*e Täter*in festgestellt wird.“ (S. 75) „Einführung einer individuellen, aber anonymisierten Kennzeichnung für die Bundespolizei sowie der Stelle einer/eines unabhängigen Bundespolizeibeauftragten.“ (S. 81) „Wir wollen den Verfassungsschutz strukturell neu aufstellen: mit einem unabhängigen, wissenschaftlich arbeitenden Institut zum Schutz der Verfassung, ... mit einem verkleinerten Bundesamt für Gefahrenerkennung und Spionage	Speicherungen in Registern und in Ausweisdokumenten wollen wir rückgängig machen.“ (S. 96) „Quellen-TKÜ und Online-durchsuchung (Staatstrojaner) müssen verboten werden. Wir wollen das Recht auf Privatsphäre, sichere Kommunikation und Verschlüsselung gesetzlich verankern. Spyware aller Art muss verboten werden“ (S. 96) „Die Vorratsdatenspeicherung ... muss verboten werden. Eine Ausweispflicht für E-Mail-, Messengerdienste und Ähnliches lehnen wir ab.“ (S. 96) „Die behördliche Speicherung personenbezogener Daten muss auch für Geflüchtete der Verhältnismäßigkeit und dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung entsprechen. Das Ausländerzentralregister ist zum Instrument der Totalerfassung geworden.“ (S.96)	den Cyberattacken staatlicher und nichtstaatlicher Akteure muss durch eine massive Stärkung der Bundeswehr auf diesem Gebiet Rechnung getragen werden.“ (S. 67) „Wir fordern für die Bundespolizei den Einsatz modernster Fahndungstechnik wie den Einsatz von Gesichtserkennungssoftware“ (S. 79) „Für Polizei, Soldaten und Rettungsdienste ... (fordern) wir angemessene Bewaffnung und Ausrüstung, u. a. Körperkameras.“ (S. 79) „Die Polizeibehörden (sollen) an kriminalitätsneutralen Plätzen und Gebäuden eine Videoüberwachung mit Gesichtserkennungssoftware einsetzen können.“ „Bei der Fahndung nach unbekannten Tätern soll es erlaubt werden, vorhandenes DNS-Spurenmaterial auch auf biogeografische

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
und zum Abruf von Telefonnummern und IP-Adressen zu schaffen, die den Einsatz der sogenannten Vorratsdatenspeicherung ... ermöglicht.“ (S. 107f) „Wir haben der Bundespolizei ermöglicht, Autokennzeichen mit automatischen Lesegeräten zu erfassen. Wir wollen, dass überall in Deutschland mithilfe einer lagebildabhängigen Schleierfahndung kontrolliert werden darf.“ „Wir werden alle technischen Möglichkeiten zur wirksamen Überwachung (von Gefährdern) nutzen – wie die elektronische Fußfessel – und uns für entsprechende Rechtsgrundlagen einsetzen.“ (S. 115) „Die Voraussetzungen für die Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchung – sowohl bei der Gefahrenabwehr als auch bei der Strafverfolgung – wollen wir bundesweit anpassen, so dass diese Instrumente	gen dafür, dass Bund, Länder und Kommunen besser und schneller Hand in Hand arbeiten können.“ (S. 51)	Rechtsrahmen für Legal Tech-Unternehmen erweitern und das anwaltliche Berufsrecht modernisieren“ (S.46) „Wir fordern eine Föderalismuskommission III von Bund und Ländern, die Vorschläge für eine Reform der Sicherheitsarchitektur unterbreiten soll.“ (S. 47) (Für den Datenaustausch zwischen GTAZ und GETZ) „fordern wir für eine gesetzliche Grundlage, die den Datenaustausch zwischen regelt. Wir wollen hierbei die Aufgaben von Nachrichtendiensten und Polizei voneinander getrennt halten und dieses Trennungsgebot im Grundgesetz verankern.“ (S.47) „Polizeiliches Handeln muss immer nachvollziehbar sein, wir fordern daher eine pseudonyme Kennzeichnungspflicht für Beamtinnen und Beamte.“ (S. 47)	abwehr, das mit rechtsstaatskonformen nachrichtendienstlichen Mitteln klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet. Hier braucht es auch eine engere und effektivere parlamentarische Kontrolle.“ (S. 82) „Sicherheitsgesetze müssen auf den Prüfstand, zukünftig auf valider Empirie beruhen und hinsichtlich ihrer Wirksamkeit regelmäßig unabhängig evaluiert werden. Wir stellen eine Überwachungsgesamtrechnung auf, die laufend fortgeführt wird.“ (S. 84) „Den Einsatz biometrischer Identifizierung im öffentlichen Raum, wie beispielsweise Gesichtserkennung, lehnen wir ebenso wie die undifferenzierte Ausweitung der Videoüberwachung, die anlasslose Vorratsdatenspeicherung, generelle Hintertüren in digitalen Geräten und Anwendungen oder das Infiltrieren von technischen Geräten (Online-Durchsuchung bzw. Quellen-TKÜ) ab.“ (S.84)	„Digitale Gewalt im Netz muss juristisch anerkannt und verfolgt werden. Dazu muss auch Kompetenz in den Strafverfolgungsbehörden aufgebaut werden“ (S. 96) „Wir wollen den Verfassungsschutz und perspektivisch alle Geheimdienste abschaffen und ihn durch eine Beobachtungsstelle »Autoritarismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« ersetzen.“ (S. 120) „Wir wollen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sichern: gegen Vorratsdatenspeicherung, Bestandsdatenauskunft und Onlinedurchsuchungen, nichtindividualisierte Funkzellenabfrage, allgegenwärtige Videoüberwachung, Späh- und Lauschangriffe und Rasterfahndung.“ (S. 120) „Eine individuelle Kennzeichnungspflicht (von Poli-	Merkmale der gesuchten Person untersuchen zu lassen, um zielgerichtete Fahndungsmaßnahmen zu ermöglichen.“ (S. 80) „(Wir fordern) Eine zentrale Meldestelle, an die sich von Rechtsverletzungen auf Plattformen betroffene Bürger und Einrichtungen wenden können. Auf Länderebene soll es Schwerpunkt-Justizentren für die Rechtsdurchsetzung im Netz geben.“ (S. 181) „Behörden der polizeilichen und nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr müssen unverzüglich auf den Stand der digitalen Technik gebracht und ihre Verfahrensweisen entsprechend angepasst werden. Instrumente an der Schnittstelle zum Bürger, wie z. B. die NINA Warn-App, müssen nicht nur mit den notwendigen finanziellen Ressourcen ausgestattet, sondern auch anwenderfreundlich

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
rechtssicher und effektiv eingesetzt werden können ... Bund und Länder müssen enger zusammenarbeiten und für einen gemeinsamen Rechtsrahmen gemeinsame Software bereitstellen, die schnell einsatzbereit ist.“ (S. 116) „Die Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz zu nutzen, um frühzeitig Strukturen erkennen und ihnen entgegenwirken zu können.“ (S. 117) „Die gemeinsamen Anstrengungen von Bund und Ländern wollen wir in einem Pakt für den digitalen Rechtsstaat 2.0 bündeln.“ (S. 122)		„Den (von Kommunikationsüberwachung) betroffenen Personen sowie den TK-Unternehmen ist effektiver Rechtsschutz zu gewähren und eine praktisch wirksame Klagebefugnis gegen Überwachungsmaßnahmen einzuräumen. Eine Überwachung im Inland und EU Mitgliedstaat muss den Betroffenen nach Abschluss der Maßnahmen mitgeteilt werden.“ (S. 48) „Wir fordern eine umfassende Neuordnung der Kontrolle der Nachrichtendienste nach einem Dreisäulen-Modell: 1. Die Genehmigung der Überwachung und die Gesetzmäßigkeitskontrolle der Nachrichtendienste in richterlicher Unabhängigkeit 2. Die parlamentarische Kontrolle soll verbessert und die Rechte der Parlamentsminderheit gestärkt werden. 3. Ein/e Parlamentarische Nachrichtendienstbeauf-	„Wir streiten für eine technisch und personell gut ausgestattete und zielgerichtete Polizeiarbeit auf klaren Rechtsgrundlagen.“ (S. 84)	zeibeamt*innen) muss sofort und überall eingeführt werden.“ (S. 122) „Der Cyber- und Informationsraum der Bundeswehr muss aufgelöst werden. Den Paradigmenwechsel in der Militärtechnologie und -strategie zu »Revolution in militärischen Angelegenheiten« (RMA) und Cyberwar lehnt DIE LINKE strikt ab.“ (S. 135) „Bekämpfung von Kriminalität im Netz und Schutz kritischer Infrastruktur sind Aufgabe der Sicherheitsbehörden im Inneren, nicht der Bundeswehr (S.135)	ausgestaltet werden.“ (S. 183)

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
		tragte/r soll dabei unterstützen, die Nachrichtendienste zu kontrollieren.“ (S. 48) „Wir wollen mit einem Digitalpakt dafür sorgen, dass ... Polizisten mit dem neuesten Stand der Technik und mit kompatiblen IT-Infrastrukturen ausgerüstet sind.“ (S. 48) „Wir wollen Opfer von Straftaten im Internet in die Lage versetzen, sich zu wehren, indem sie ... einen Auskunftsanspruch gegen Plattformen und Internet-provider erhalten.“ (S. 49)			
3. Justiz und Verteidigung Europa und international					
„Unser Ziel muss sein, gemeinsam den Gegnern der Freiheit zu trotzen, globale Standards zu setzen und unseren technologischen Vorsprung zu wahren und auszubauen. Hierzu ist eine weitere Vertiefung unserer Handels- und Wissenschaftsbeziehungen unabdingbar.“ (S. 8)	„Souverän muss Europa neue Rüstungskontroll- und Abrüstungsinitiativen für den europäischen Kontinent entwickeln, um frühzeitig auf die Risiken neuer Technologien und gefährliche Entwicklungen im Cyberbereich oder im Weltraum reagieren zu können.“ (S. 59)“	„Wir wollen einen neuen Anlauf für ein umfassendes transatlantisches Freihandelsabkommen und einen transatlantischen Wirtschaftsraum erreichen“ (S.9) „Effiziente Schutz- und Verteidigungssysteme müssen in der Cybersicherheit stets Vorrang haben.	„Beim Ausbau digitaler Infrastrukturen, wie zum Beispiel 5G, wollen wir die Integrität unserer kritischen Infrastruktur , die digitale Souveränität Europas und die Einhaltung der Menschenrechte wie das Recht auf Privatsphäre sicherstellen. Dafür sind höchste IT-Sicherheitsstandards für Komponenten nötig ... (Wir) wol-	„Den Export von Überwachungstechnologie sowie den Einsatz autonomer Waffensysteme und bewaffneter Drohnen wollen wir verbieten.“ (S. 96) „Ächtung von autonomen Waffensystemen. Die Bundesregierung muss eine internationale Initiative dafür starten.“ (S. 136) „Wir fordern die Auflösung	„Die USA sind derzeit der stärkste Bündnispartner Deutschlands ... Sanktionsmaßnahmen der USA gegen Deutschland sind nicht hinnehmbar ... Es liegt im deutschen und europäischen Interesse, Russland in eine sicherheitspolitische Gesamtstruktur einzubinden.“ (S. 64)

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
„Wir wollen eine verbesserte und flexible Sicherheitsarchitektur, die auch das Vereinigte Königreich einbezieht.“ (S. 18) „Wir bauen die europäische Cyber-Brigade aus, um Cyberattacken, Terrorismus, Bedrohung kritischer Infrastruktur und Desinformation europaweit erfolgreich abwehren und selbst offensive Fähigkeiten entwickeln zu können.“ (S. 19) „Wir wollen die relevanten, für die Grenzpolizei zugänglichen Datenbanken wie das Schengen-Informationssystem und EURODAC so gestalten, dass alle Informationen abrufbar zur Verfügung stehen.“ (S. 25) „Wir wollen, dass die Einreise an den Außengrenzen umfassend elektronisch überwacht wird. Die bereits beschlossene Einrichtung des Ein- und Ausreiseregisters für Drittstaatsangehörige EES werden wir daher ebenso vorantreiben wie	„Wir werden die Partnerschaft zwischen Europa und den USA, die auf gemeinsamen und demokratischen Werten beruht, grundsätzlich stärken und die Zusammenarbeit bei Themen wie Klimaschutz, globaler Gesundheitspolitik, Handel, Abrüstung und Sicherheitsfragen intensivieren.“ (S. 59) „Autonome Waffensysteme senken die Schwelle für kriegsgerichtete Handlungen, Kernwaffen erleben ein Comeback, digitaler Fortschritt macht uns verwundbar für Cyberangriffe. Dafür werden wir auf parlamentarischer Ebene einen Mechanismus einrichten, durch den neue Programme, Gesetze, Vorhaben daraufhin überprüft werden, ob sie friedenspolitischen Zielen widersprechen ... Wir werden zudem Rüstungskontrolle auch in den Bereichen Biotechnologie, Cyber und Künstliche Intelligenz etablieren.“ (S. 62f)	Deshalb sollen Unternehmen, die umfangreichen Einflussmöglichkeiten autoritärer Regime unterliegen, beim Ausbau kritischer Infrastruktur wie dem 5G-Netz nicht beteiligt werden.“ (S. 32) „Wir (wollen) EUROPOL zu einem echten Europäischen Kriminalamt auszubauen. Die eigenen operativen Möglichkeiten von Europol müssen ausgedehnt werden“ (S. 46) „Wir wollen die europäische Cybersicherheits-Behörde ENISA stärken“ (S. 46) „Die Erkenntnisse der nationalen Sicherheitsbehörden zu grenzübergreifenden Sachverhalten sollen gemeinsam ausgewertet und Einsätze der Mitgliedstaaten koordiniert werden. Gefährder-Definitionen und Datenbanken müssen auf europäischer	len die technologische Unabhängigkeit Europas durch verstärkte Eigenentwicklungen und -produktionen, durch vielfältige digitale Ökosysteme und offene Standards stärken.“ (S. 32) „Eine Beteiligung von nicht vertrauenswürdigen Unternehmen, insbesondere aus autoritären Staaten, an kritischer Infrastruktur lehnen wir ab.“ (S. 32) „Wir brauchen eine stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und Justiz: durch gemeinsame europäische Polizeiteams, durch die Aufwertung von Europol zu einem Europäischen Kriminalamt sowie durch eine engere justizielle Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten... Wegen der zunehmenden Vernetzung von europäischen Datenbanken sind hohe Datenschutzstandards und eine Verbesserung des grenzüberschreitenden Rechtsschutzes unabdingbar.“ (S. 82)	der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat.“ (S. 137)	„Eine Kooperation mit China darf nur unter Bedingungen der Gleichberechtigung und Fairness erfolgen. Das setzt insbesondere eine Angleichung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Handel und Investitionen voraus. Ein weiterer Ausverkauf deutscher bzw. europäischer Technologie muss verhindert werden“. (S. 65)

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
das Reiseinformations- und Genehmigungssystem ETIAS.“ (S. 25) „Wir wollen, dass die in unterschiedlichen Informationssystemen vorhandenen Daten so verknüpft werden können, dass die Polizei- und Sicherheitsbehörden auf die von ihnen benötigten Informationen schnell zugreifen können“ (S. 25) „Wir brauchen ein europaweites Tracking von Gefährdern, eine gemeinsame Gefährderbewertung und nationale Gefährderlisten, die europaweit automatisch zusammengeführt werden, ohne dass eine konkrete Abfrage des jeweiligen Täters erfolgen muss.“ (S. 25) „Wir wollen EUROPOL als europäische Verbindungs- und Koordinierungsstelle so ausstatten und weiterentwickeln, dass es in wichtigen Bereichen zu einer Art europäischen FBI wird.“ (S.25) Wir setzen uns für einen zügigen Fortschritt bei den E-		Ebene vereinheitlicht werden und kompatibel sein“ (S. 46) „Wir wollen den „EU-US-Privacy Shield“ schnell neu verhandeln, um eine rechtssichere Lösung für den transatlantischen Datenverkehr zu finden.“ (S. 72) „Deutschland (muss) im Zuge einer effektiven Cybersicherheitsstrategie in Europa und international eine Führungsrolle einnehmen – insbesondere beim Recht auf Privatsphäre, Anonymität im Internet und Verschlüsselung sowie beim Schutz personenbezogener Daten und vor Massenüberwachung. Zum Schutz der Privatsphäre gehört auch, dass zur Straf- und Zivilrechtsverfolgung von Persönlichkeitsrechtsverletzungen Anonymität aufgehoben werden kann“ (S. 74)	„Wir (müssen) Terror entschieden bekämpfen – durch ... eine konsequente Überwachung von sogenannten Gefährder*innen“ (S. 82) „Wir zielen auf ein Verbot für die Ausfuhr, den Verkauf und die Weitergabe von Überwachungsinstrumenten an repressive Regime. Entsprechende Schutzklauseln wollen wir in der deutschen wie europäischen Exportkontrolle verankern. Wir fördern die Entkriminalisierung verschlüsselter Kommunikation, stellen uns der Schwächung von Verschlüsselungstechnologien und -standards entgegen und stärken die Multi-Stakeholder-Governance des Internets auf internationaler Ebene. Im Rahmen unserer internationalen Zusammenarbeit setzen wir uns für den freien Zugang aller zu digitaler Technologie ein.“ (S. 100) „Wir wollen Autonomie in Waffensystemen international verbindlich regulieren und Anwendungen, die gegen ethische und völkerrechtliche		

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
---------	-----	-----	-------------------------	------------	-----

Evidence-Regelungen auf europäischer Ebene ein“ (S. 109) „Wir müssen bei schweren Cyber-Angriffen in der Lage sein, aktiv auf die Ursache einzuwirken, um sie zu beenden. Wir werden die dafür erforderlichen rechtlichen Regelungen und eigene technischen Fähigkeiten für angemessene aktive Maßnahmen schaffen.“ (S. 117)			Grundsätze verstoßen, international verbindlich ächten und verbieten. Das gilt auch für digitale Waffen wie Angriffs- und Spionagesoftware.“ (S. 105) „Die Gültigkeit der VN- Charta muss ausgedehnt und das humanitäre Völkerrecht auch im Cyberraum angewendet werden.“ (S. 106)		
--	--	--	--	--	--

IV. Digitalpolitik

1. Digitale Infrastruktur

„Bis spätestens 2024 alle weißen Flecken mit stationären oder mobilen Masten zu beseitigen und das Prinzip „neue Frequenzen nur gegen flächendeckende Versorgung“ gesetzlich festzuschreiben.“ (S. 104) „Wir werden mit der von uns gestarteten Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft bis 2025 ein flächendeckendes 5G-Netz in ganz Deutschland schaffen	„Deutschland soll 2030 über eine digitale Infrastruktur auf Weltniveau verfügen, über eine vollständig und durchgängig digitalisierte Verwaltung und ein Bildungssystem, in dem für das Leben in einer digitalen Welt gelernt werden kann. (S. 13) „Wir (werden) die Versorgung aller Haushalte und Unternehmen mit einer Bandbreite von mindestens	„Unnötige staatliche Beteiligungen sowie alle Unternehmensanteile, die nicht zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören, müssen verkauft werden, insb. Post und Telekom. Der Erlös kann in die digitale Infrastruktur investiert werden“ (S. 8) „Bis zum Jahr 2025 ist der bundesweite Aufbau von 5G-Netzen abzuschließen. Mit einem effizienten Aukti-	„Eine ausreichend schnelle Breitband- und Mobilfunkversorgung gehört zur Daseinsvorsorge. Das Recht darauf muss jede*r Bürger*in schnell und unbürokratisch durchsetzen können.“ (S. 57) „Wir stärken den offenen Zugang zu bestehender Glasfaser und bauen Blockaden ab, um den Ausbau zu beschleunigen. Der umfassende Glasfaserausbau soll auch im Rahmen von	„DIE LINKE kämpft dafür, Unternehmen der ... Post, der Telekommunikationsinfrastruktur in öffentliche (oder genossenschaftliche) Hand und in gesellschaftliche Eigentumsformen zu überführen.“ (S. 61) „Wir fördern den Glasfaserausbau mit Investitionen von €10 Mrd. jährlich in ganz Deutschland. Die Kommunen sollen die Netze dauerhaft in öffentlicher Hand betreiben können. Alle	Die AfD will „Förderung regionaler Strukturen auch beim Glasfaser- und Funknetzausbau nach dem Vorbild des „nationalen Roamings“. (S. 183) „Der 5G-Netzausbau muss bei künftiger Nutzung höherer Frequenzen im Hinblick auf gesundheitliche Risiken auch weiterhin durch laufende wissen-
---	--	--	---	--	---

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
und bis 2025 insgesamt 15 Mrd. Euro für Gigabit-Netze bereitstellen.“ (S. 104) „Wir werden den Netzausbau durch eine unbürokratische, digitale und rasche Genehmigungspraxis beschleunigen.... Möglichkeiten für alternative Verlegeverfahren müssen stärker genutzt werden.“ (S. 104)	einem Gigabit pro Sekunde garantieren.“ (S. 13) „...die Bewahrung der Netzneutralität, für welche wir einstehen werden“ (S. 13)	onsdesign sowie einem starken und zeitnahen Controlling durch den Bund sollen die Ausbauziele erreicht werden“ (S. 30) „Wir wollen Gigabit-Gutscheine für Privathaushalte sowie KMUs. Mit den Gutscheinen wird ein Teil der Kosten erstattet, die bei der Umstellung auf Gigabit entstehen.“ (S. 30) „Wir bekennen uns zur Netzneutralität. Alle Datenpakete im Internet müssen gleichberechtigt sein ... Dazu gehören auch Spezialdienste mit „Network Slicing“ für zeitkritische Anwendungen ... Die diskriminierungsfreie Ausgestaltung ist wettbewerbsrechtlich abzusichern“ (S. 31)	Betreibermodellen vorangetrieben und langfristig gesichert werden.“ (S. 57) „Die Netzneutralität wollen wir weiter absichern und konsequent durchsetzen“ (S. 57) „Notfalls (muss) lokales Roaming angeordnet werden ... Bei zukünftigen Frequenzversteigerungen sollen die Versorgungsaufgaben so angepasst werden, dass sie mit dem steigenden Bedarf Schritt halten.“ (S. 58)	Wohnungen sollen Glasfaseranschluss (FFTH) erhalten.“ (S. 93) „Eine bundeseigene Gesellschaft betreibt das öffentliche Mobilfunknetz. Die Telekommunikationsunternehmen können ihre Dienstleistungen über das öffentliche Netz anbieten.“ (S. 94) „Internet muss zur Grundversorgung zählen.“ (S. 94) „Netzneutralität muss grundgesetzlich gesichert werden.“ (S. 94)	schaftliche Untersuchungen begleitet (werden).“ (S. 183) „Die derzeitige Praxis der Mobilfunk-Frequenzbandversteigerung kann zum Hindernis für den flächendeckenden Ausbau und Preistreiber für den Endkunden werden und muss grundlegend überdacht werden“ (S. 194) „Eine bessere und flächendeckende Koordination (des Ausbaus des Glasfasernetzes) ist zwingend erforderlich.“ (S. 194)
2. Plattformen, Meinungsfreiheit und Urheberrecht					
„Wir wollen einen klaren Rechtrahmen auf europäischer wie auf Bundesebene für digitale Plattformen schaffen, inkl. Haftung, Sicherheit, Gewähr-	„Es muss Alternativen zu den großen Plattformen geben – mit echten Chancen für lokale Anbieter. Nutzerdaten müssen geschützt sein und die Nutzer*innen müssen darüber	„Wir wollen eine wirksame Kontrolle großer Unternehmen der Digitalwirtschaft schaffen, die Zugänge zum Internet kontrollieren. Solche Gatekeeper-Unterneh-	„Um die Digitalisierung zu gestalten, müssen wir Dienstleistungen von Plattformen und ihre Marktmacht regulieren. Plattformen müssen verpflichtet werden, europäische Qua-	„Wir wollen einen strengeren Transparenzstandard für Onlinemarktplätze und Online-plattformen.“ (S. 79)	Die AfD fordert u.a. „die Abschaffung des NetzDG, Verhinderung von Upload-Filtern sowie ein freies und offenes Internet“ (S. 181)

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
leistung, Software-Up- dates, Nutzer-bewertun- gen und Produktrankings“ (S. 57) „Wir wollen eine solide und dauerhafte Verwal- tungsstruktur für die wirk- same Beaufsichtigung der Anbieter von Vermitt- lungsdiensten aufbauen. Dazu brauchen wir klare Verantwortlichkeiten, eine Rechenschafts- und Sorg- faltspflicht, einschließlich Melde- und Abhilfeverfah- ren für illegale Inhalte.“ (S. 93)	bestimmen können, was mit ihren Daten geschieht“ (S. 14) „Online-Handel und Platt- formökonomie verändern den Handel dramatisch. Damit nicht nur die großen Digitalkonzerne profitie- ren, werden wir Plattfor- men für den regionalen Handel und regionale Dienstleistungen fördern.“ (S. 14) „Wir begrüßen die ver- stärkte Veröffentlichung von Inhalten unter offenen und freien Lizenzen“ (S. 14) „Wir werden die nationa- len Schutzvorschriften im Strafgesetzbuch und Netz- werkdurchsetzungsgesetz weiterentwickeln und set- zen uns für verbindliche Regelungen auf europäi- scher Ebene (Digital Ser- vice Act) ein.“ (S. 15)	men, die als Betreiber ei- ner Suchmaschine, als sozi- ales Netzwerk oder als do- minierende Handelsplatt- form die Wettbewerbsbe- dingungen von KMUs be- einflussen können, müssen einer speziellen Regulie- rung unterworfen werden (DSA)“ (S.8) „Wir wollen das Urheber- recht nach dem Vorbild des amerikanischen „Fair Use“-Prinzips weiterentwi- ckeln. Den Einsatz von Up- loadfiltern lehnen wir ab.“ (S. 57)	litäts- und Sicherheitsstan- dards auch im Online-Handel zu gewährleisten.“ (S. 30) „Relevante Erwerbsvorgänge von Tech-Konzernen sollten durch das Bundeskartellamt geprüft werden, um „Killer Ac- quisitions“ zu verhindern. Da- bei sollten Datenschutzbehör- den eine Gelegenheit zur Stel- lungnahme erhalten. „Wir treten für einen effekti- ven Umgang mit Nutzerbe- schwerden, eine Verbesse- rung der Strafverfolgung und der zivilrechtlichen Durchset- zung ein. Dafür brauchen wir personell wie technisch best- möglich aufgestellte Strafver- folgungsbehörden.“ (S. 75) „Für den Umgang mit Desin- formation (und) Rechtskon- trolle der Anbieter*innen ins- gesamt wollen wir die Auf- sicht national wie auch euro- päisch besser strukturieren, unter anderem mit einer ge- meinsamen Medienanstalt der Länder. Eine Verpflichtung zum Einsatz von Uploadfiltern lehnen wir ab.“ (S. 75)	„Wir wollen Plattformge- nossenschaften und öffent- lich-rechtlich betriebene Plattformen als Alternativen fördern.“ (S. 93) „Durch ein Plattformstruk- turgesetz wollen wir Selbst- begünstigung der IT-Unter- nehmen verbieten, Daten- schutz sicherstellen sowie die Interoperabilität und Portabilität der Nutzerda- ten sanktionsbewährt ga- rantieren.“ (S. 93) „(Softwarehersteller und kommerzielle Dienste) müs- sen auch verpflichtet wer- den, auf ihren Plattformen die Nutzung von zu ihren Diensten konkurrierenden Angeboten zu ermögli- chen.“ (S. 93) „Den Einsatz von Uploadfil- tern und Netzsperrern leh- nen wir ab. Plattformbetrei- ber dürfen weder verpflich- tet werden, ohne richterli- chen Beschluss Inhalte zu löschen noch dürfen große Plattformen sich ihr eigenes	„Verpflichtung der Anbie- ter von sozialen Plattfor- men, einen diskriminie- rungsfreien Zugang zu er- möglichen und inhaltliche Neutralität zu wahren. Ent- scheidungen über die Rechtmäßigkeit von Inhal- ten auf Plattformen sollen regelmäßig nicht mehr beim Betreiber liegen. Die Justiz allein hat die Befug- nis und die Fähigkeiten, über die Zulässigkeit von Inhalten zu entscheiden“ (S. 181)

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
				Parallelrecht ohne öffentliche Kontrolle schaffen.“ (S. 93) „Wir werden uns auch auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass Alltagsnutzungen flexibler erlaubt werden. Das Leistungsschutzrecht und das Datenbankschutzrecht soll für Presseverlage abgeschafft werden.“ (S. 96)	
3. Europa und digitaler Binnenmarkt					
„Unser Ziel ist es, dass Europa in den wichtigen industriellen Zukunftsfeldern wie KI, Quantentechnologie, Halbleiter, Wasserstoff oder Blockchain weltweit einen Spitzenplatz einnimmt.“ (S. 24) „Wir wollen eine echte Digital- und Datenunion mit einem modernen Wettbewerbsrecht auf Basis der Sozialen Marktwirtschaft, hochklassiger digitaler Infrastruktur, europäischer Speicher- und Rechenka-	„Wir wollen ein digital souveränes Europa auf der Basis einer wertebasierten digitalen Wirtschaft.“ (S. 6) „Wir (werden) weitere, neue europäische Instrumente entwickeln, um die übermächtigen Plattformen zu zähmen oder notfalls zu entflechten.“ (S.14) „Plattformkonzerne zu Monopolisten werden, bedrohen sie digitale Vielfalt und neigen dazu, nationalstaatliche Regeln zu umgehen. Wir werden deshalb ge-	„Wir wenden uns entschieden gegen die politische Förderung von „nationalen Champions“. Derlei Alleingänge innerhalb des europäischen Binnenmarktes bremsen Innovationen und Skalierbarkeit aus. Das senkt letztlich die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen gegenüber amerikanischer und chinesischer Konkurrenz.“ (S. 8) „Wir wollen den europäischen digitalen Binnenmarkt. Regulierungsbedingte Barrieren wollen wir	„Wir wollen die Digitalisierung gestalten und dafür sorgen, dass notwendige Innovationen in Europa entwickelt und marktfähig werden. Deutschland und Europa sollen auch bei Zukunftstechnologien die Spitze beanspruchen. Dafür nutzen wir auch die Gestaltungsmöglichkeiten der deutschen G7-Präsidentschaft 2022.“ (S. 25) „Um kritische Abhängigkeiten zu verringern, setzen wir auf europäische Kooperation mit offenen Standards. Die EU-Kapazität im Bereich der Halbleitertechnologie soll wie	„Per Verordnung muss Security by Design und by Default vorgeschrieben werden. Das sollte auf europäischer Ebene als Regelung für den Binnenmarkt umgesetzt werden. Eine Sicherheitszertifizierung muss obligatorisch für den Marktzugang werden.“ (S. 95) „Auf europäischer Ebene setzen wir uns für Richtlinien und Vorgaben zur Entflechtung marktbeherrschender Monopole (Plattformen und Internetkonzerne) ein. Es darf nicht den	„Wir halten einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft für notwendig (S. 30) „Die Aufgabe des Staates soll die Erhaltung des Wettbewerbs und die Verhinderung von Monopolen, Kartellen und sonstigen, den Marktmechanismus schädigenden Einflüssen sein. Der Schutz vor Wettbewerb, staatlich verordneten Preiserhöhungen für

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
pazitäten und eines einheitlichen Datenschutzrechts.“ (S. 28) „Wir wollen als weltweiter Vorreiter für einen fairen und gerechten Wettbewerb in der Digitalwirtschaft eine europäische digitale Marktordnung entwickeln und einführen – mit einem modernisierten Wettbewerbsrecht und gleichen Regeln für alle“ (S. 28) „Wir setzen uns für einen deutlichen Ausbau der Rahmenbedingungen für gemeinsame Initiativen (...) z.B. bei Künstlicher Intelligenz oder Quantencomputern.“ (S. 28) „Wir setzen uns für einen vitalen Marktort Europa ein, der seine globale Stärke nutzt, um technologische Weltstandards zu setzen und unsere digitalen Leistungen zu befördern – wie beispielsweise „AI made in Europe“. Um	meinsam mit den EU-Mitgliedsstaaten eine starke und präzise Regulierung schaffen, den Wettbewerb sichern und alternative Angebote fördern. Es braucht mehr Angebote mit hoher Datensouveränität. (S.18)“ „Wir setzen uns für eine gezielte und koordinierte Unterstützung der deutschen und europäischen Digitalwirtschaft auf allen Technologie-Ebenen und entlang der gesamten Wertschöpfungsketten ein: von der Halbleiter-Fertigung und der Quantentechnologie über die Cloud, KI und Edge-Computing bis zur Cyber-Sicherheit, sicherer und vertrauenswürdiger Hard- und Software sowie Netzwerktechnik und datenbasierten Geschäftsmodellen.“ (S. 14) „Große Bedeutung für europäische Unternehmen kommt hierbei Open Source-basierten Modellen zu. Wir setzen uns ein	abbauen, ohne die Vertragsfreiheit infrage zu stellen. So schaffen wir ein Europa, das digital unabhängig ist, ohne jedoch in einen digitalen Protektionismus zu verfallen“ (S. 30) „Wir wollen die EU institutionell reformieren, um sie bürgernäher und handlungsfähiger zu machen. Das schließt auch Vertragsänderungen ein. Ein Verfassungskonvent sollte einer dezentral und föderal verfassten Union eine rechtsverbindliche Verfassung mit einem Grundrechtekatalog und starken Institutionen geben“ (S. 62) (Das EP) „muss zu einem Vollparlament mit Initiativrecht aufgewertet werden (mit festem Tagungsort). Es kann dem /der Kommissionspräsident/in das Missvertrauen aussprechen“ (S. 62)	von der EU- Kommission vorgeschlagen auf 20 Prozent der weltweiten Produktion ausgebaut werden.“ (S. 26) „Die eigene kritische Infrastruktur wollen wir schützen und eine gemeinsame europäische Cloud-Infrastruktur auf Basis von Open-Source-Technologien realisieren. Europa muss in eigene Expertise im Bereich der Verarbeitung großer Datenmengen für KI investieren.“ (S. 30) „Unter dem Dach eines eigenständigen europäischen Kartellamts wollen wir eine europäische Digitalaufsicht etablieren, die ... sanktionsbewährte Kooperations- sowie Transparenzpflichten aussprechen kann.“ (S. 31) „Betroffene müssen sich schnell und effektiv gegen Angriffe im Netz wehren können. Das wollen wir durch die ambitionierte Ausgestaltung und dann zügige Umsetzung des Digital Services Act der EU erreichen.“ (S. 75)	Profitinteressen dieser Konzerne überlassen bleiben, über Inhalte und Zugang zum Internet zu entscheiden“ (S. 93) „Wir wollen, dass das Europäische Parlament das Initiativrecht bekommt und eigene Gesetzesvorschläge einbringen kann. Grundlegende Entscheidungen müssen vom Europaparlament getroffen werden – statt von exekutiven Gremien wie Kommission, Eurogruppe oder Rat. Außerdem sollen die Abgeordneten den Kommissionspräsidenten und die Kommissare wählen und abwählen können. Wir wollen den Rat endlich zur Transparenz verpflichten (S. 151) „Wir fordern ein EU-Transparenzregister und eine Transparenzverordnung.“ (S. 152)	vermeintlich gute Zwecke oder die von der Bundesregierung propagierte Schaffung „europäischer Monopole“ gehören nicht dazu.“ (S. 46) „Zur Verbesserung der Sicherheit digitaler Verwaltungssysteme fordert die AfD die Bündelung europäischer IT-Kompetenzen im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungskooperationen mit dem Ziel, europäische Hard- & Systemsoftware zu entwickeln, um von Lösungen außereuropäischer Anbieter unabhängiger zu werden“ (S. 185).

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
---------	-----	-----	-------------------------	------------	-----

selbstbestimmt handlungsfähig zu bleiben, braucht Europa wieder eigene Hard- und Softwarehersteller, die weltweit wettbewerbsfähig sind.“ (S. 93) „Wir setzen uns dafür ein, dass die EU die Rahmenbedingungen für den Digitalen Binnenmarkt weiter verbessert und Netzwerke schafft, um jungen Unternehmen die Skalierung ihrer Geschäftsmodelle zu erleichtern.“ (S. 91) „Wie die nationalen Parlamente muss auch das Europäische Parlament das Recht haben, eigene Gesetzentwürfe einzubringen.“ (S.31)	für eine europäische Cloud-Infrastruktur.“ (S.14) „(Für eine selbstbestimmte Entwicklung und Herstellung) wollen wir einen gemeinsamen Kraftakt in Europa, der eine gemeinsame europäische Entwicklung und Produktion solcher Komponenten strategisch und langfristig aufbaut.“ (S. 14) „(Wir wollen)eine Vervollständigung der Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments, inklusive eines echten Initiativrechts“ (S. 58)		„Die Interoperabilität der Software und digitalen Dienste von Plattformen sowie Datenportabilität und offene Schnittstellen sind von bereits marktbeherrschenden Unternehmen verpflichtend zu gewährleisten. Wir setzen uns für eine dementsprechend ambitionierte Umsetzung des DSA ein. „ (S. 31) „(Wir wollen ein) EP, das in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat entscheidet, ein vollwertiges Initiativrecht für die Gesetzgebung und ein starkes Haushaltsrecht erhält. Es kann dem /der Kommissionspräsident/in das Misstrauen aussprechen.“ (S. 89)		
---	--	--	--	--	--

4. Gesundheitswesen

„In der Personalisierten Medizin wollen wir ... eine europäische Gesundheitsunion gründen. Sie soll europäische Spitzenforschung bündeln und intensivieren.“ (S. 29)	„Eines unserer Ziele ist die Förderung der Forschung zur personalisierten Medizin.“ (S. 17) „Wir wollen die Potenziale der Digitalisierung für die Verbesserung von Diagnostik	„Wir wollen dem Robert Koch-Institut (RKI) politische Unabhängigkeit garantieren“ (S. 35) „Wir wollen die Digitalisierung im Gesundheitswesen durch klare und transparente Rahmenbedingungen	„Die Universitätsmedizin werden wir ... weiter stärken – von der Spitzenforschung über die Vernetzung bei Daten und Digitalisierung bis zur Versorgung per Telemedizin im ländlichen Raum“ (S. 48)	„Der Patient*innen-Datenschutz muss auch für privatversicherte Jugendliche gelten“ (S. 37) „Ein Umlegen der Kosten von digitalen Anwendungen auf die Bewohner*innen von Pflegeeinrichtungen lehnen wir ab.“ (S. 99)	„Eine verpflichtende Impfung (direkt und indirekt), Immunitätsausweise, sowie Tracking Apps oder sonstige Überwachungsmaßnahmen lehnen wir ab.“ (S. 134)
--	---	---	--	---	--

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
„Mit dem Fahrplan für die Einführung einer elektronischen Patientenakte haben wir die jahrelange Stagnation der Digitalisierung im Gesundheitswesen überwunden. Wir werden ... den Prozess „Digitale Gesundheit 2025“ zu einer ressort-übergreifenden eHealth-Roadmap „Digitale Gesundheit 2030“ weiterentwickeln. Patienten der Zukunft werden – unter Wahrung des Schutzes ihrer Daten – ihre gesamte Krankengeschichte an einem Ort speichern und Ärzte und andere Leistungserbringer darauf zugreifen lassen können.“ (S.63) „Digitale Versorgungsketten sollen Informationslücken zwischen Praxis und Krankenhaus beseitigen. Dabei spielt die Erstattungsfähigkeit digitaler Gesundheitsanwendungen eine zentrale Rolle.“ (S.63)	sen und für die flächendeckende gesundheitliche Versorgung entschlossener nutzen ... Die Digitalisierung kann die Versorgungsqualität und die Effizienz verbessern und Fachkräfte von Aufgaben entlasten.“ (S. 17) „Wir wollen Datenschutz gewährleisten und geeignete Rahmenbedingungen, damit nicht die großen Plattformen auch die Gesundheitswirtschaft dominieren ... Wir wollen zudem dem Schutz der Patientendaten höchste Priorität einräumen.“ (S. 17) „Wir werden eine souveräne Europäische Gesundheitsunion ...schaffen, indem wir Mindeststandards in der Gesundheitsversorgung garantieren, einen starken Katastrophenschutzmechanismus etablieren und die gemeinsame Forschung und Beschaffung wichtiger medizinischer Güter fördern“ (S. 56)	voranbringen. Dazu benötigen wir offene Standards, Interoperabilität und Datensicherheit. Die Vernetzung zwischen allen Gesundheitsakteuren und Patienten muss digital ausgestaltet sein.“ (S. 35) „Digitale Infrastruktur und robotische Assistenzsysteme wollen wir hier gezielt fördern.“ (S. 35) „Die Vernetzung zwischen allen Gesundheitsakteuren sowie Patienten muss digital ausgestaltet sein. Nur so ist eine schnelle Verfügbarkeit der Patientendaten sicherzustellen.“ (S. 36) „Die innovative Vernetzung von Start-ups mit dem Gesundheitswesen über alle Phasen der klinischen Entwicklung hinweg, die Förderung von Kooperationen zwischen Krankenkassen, Wissenschaft und Industrie sowie der Ausbau von Hightech-Gesundheitsmedizin am Standort Deutschland sind	„Auf EU-Ebene braucht es mehr gemeinsame Strategie und Koordinierung, etwa durch die gemeinsame Planung und Nutzung ... durch ein europäisches Frühwarnsystem und die gemeinsame Erhebung und Nutzung relevanter Daten. Daher setzen wir uns für den zügigen Aufbau von HERA ein, einer EU-Behörde, die künftig staatliche und privatwirtschaftliche Aktivitäten besser koordinieren soll.“ (S. 48) „Die personelle und technische Ausstattung (der Gesundheitsämter) muss dauerhaft verbessert werden.“ (S. 48) „(Wir) wollen wir mit allen Nutzer*innen des Gesundheitswesens eine Strategie für die Digitalisierung entwickeln.“ (S. 51) „Die ePA muss weiterentwickelt werden und für alle Patient*innen einfach zugänglich und verständlich sein“ (S. 51) „Gesundheitsdaten sollen anonymisiert und wo nötig	„Für eHealth-Anwendungen brauchen wir evidenzbasierte Bewertungsverfahren. Routinedaten der Krankenkassen, Registerdaten oder andere Daten, die direkt im Behandlungsalltag anfallen (Real World Data) sind dafür nicht geeignet. Für Gesundheits-Apps braucht es eine Zertifizierung nach staatlichen Vorgaben.“ (S. 99) „Die informationelle Selbstbestimmung von Patient*innen und Versicherten muss jederzeit gewahrt werden. Die Weitergabe der sensiblen Daten darf nur erfolgen, wenn eine Zustimmung entsprechend der DSGVO vorliegt.“ (S. 99) „Daten, die mit der elektronischen Gesundheitskarte erhoben werden, dürfen nicht zentral gespeichert oder für wirtschaftliche Zwecke missbraucht werden. Die Erlaubnis zur Einsicht Dritter muss entsprechend der DSGVO vorliegen.“ (S. 99)	„Die AfD lehnt die Schaffung einer zentralen Datenbank mit der Anbindung von Kliniken, Praxen, therapeutischen Einrichtungen und Apotheken zur Speicherung vertraulicher Patientendaten ab. Wir befürworten eine Speicherung von Notfalldatensätzen, einer Medikamentenübersicht oder einer Patientenverfügung direkt auf einer Krankenversicherungskarte zum Nutzen des Patienten, über deren Nutzung dieser eigenverantwortlich entscheidet.“ (S. 144)

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
„Mit dem virtuellen Krankenhaus wollen wir medizinisches Spezialwissen überall im Land gleichermaßen verfügbar machen.“ (S.64) „Wir werden das Robert-Koch-Institut stärken und zum deutschen Public-Health-Institut ausbauen.“ (S. 65) „Um Innovationen für Patienten entwickeln zu können, müssen forschende Pharmaunternehmen die Möglichkeit haben, pseudonymisierte Versorgungsdaten zu erhalten.“ (S. 66) „Wir werden das Tempo für die Entwicklung neuer Medikamente erhöhen, indem wir einheitliche Vorgaben schaffen – etwa beim Datenschutz, bei länderübergreifenden Studien oder der Einführung verbindlicher Musterverträge für klinische Prüfungen.“ (S. 67) „Auch in der Pflege gilt es, die vielfältigen Chancen der Digitalisierung zum		Treiber einer optimalen Patientenversorgung.“ (S. 37) „Digitale Anwendungen können maßgeblich zur Erleichterung des Arbeitsalltags pflegender Personen beitragen. Sie helfen gleichzeitig, Risiken für Pflegebedürftige, beispielsweise bei Medikationsänderungen, zu vermeiden.“ (S. 39)	pseudonymisiert der Wissenschaft zur Verfügung gestellt werden. Eine Weitergabe der Daten erfolgt dabei nicht gegen den Willen der Patient*innen. Die ärztliche Schweigepflicht und das Patient*innengeheimnis müssen auch für digitalisierte Gesundheitsdaten jederzeit gewahrt bleiben. Ihre eigenen Gesundheitsdaten müssen für Patient*innen barrierefrei und sicher zugänglich sein.“ (S. 51) „Es braucht eine dezentrale Forschungsdateninfrastruktur. Die Ergebnisse, sollen der Allgemeinheit nach dem Open-Data-Prinzip zur Verfügung stehen. Alle von der Solidargemeinschaft finanzierten digitalen Angebote müssen barrierefrei sein und den höchsten Ansprüchen an Datenschutz und Datensicherheit genügen.“ (S. 51) „Den Ausbau digitaler Infrastruktur und technischer Assistenzsysteme in der Pflege wollen wir unterstützen.“ (S. 52)		

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
Wohle pflegebedürftiger Menschen zu nutzen (Assistenz- und Warnsysteme, Ausbau digitaler Infrastruktur)“ S. 68 „Wir wollen ein Bio-IT-Forschungszentrum aufbauen. Es soll Software, Methoden und Datenbestände in Deutschland und Europa miteinander verbinden und die Forschung auf internationalem Niveau vorantreiben.“ (S. 87)			„Um Sicherheit und Interoperabilität zu gewährleisten ... sollen Hersteller von Medizinprodukten und Software offene Schnittstellen anbieten, die sich an länderübergreifenden Standards orientieren.“ (S. 51) „Operationen (an intergeschlechtlichen Kindern), die als medizinisch notwendig durchgeführt wurden, sollen, unter Berücksichtigung eines strengen Datenschutzes, zentral erfasst werden, um eine bessere Nachvollziehbarkeit für Betroffene und eine bessere Datengrundlage zu erreichen.“ (S. 81)		
5. Innovationen, Forschung und Wirtschaft					
„Wir wollen bis 2025 in Deutschland einen konkurrenzfähigen Quantencomputer bauen ... wir wollen Hoch- und Höchstleistungsrechnen (High Performance Computing) weiter ausbauen. (S. 85) „Wir (wollen) weitere Anwendungsmöglichkeiten	„Wir setzen uns für eine gezielte und koordinierte Unterstützung der deutschen und europäischen Digitalwirtschaft auf allen Technologie-Ebenen und entlang der gesamten Wertschöpfungsketten ein: von der Halbleiter-Fertigung und der Quantentechnologie über die Cloud und KI und Edge-	„Wir wollen für politische Entscheidungen das Innovationsprinzip ergänzend zum Vorsorgeprinzip. Bei der Folgenabschätzung soll nicht nur auf mögliche Risiken einer Maßnahme geschaut werden. Genauso intensiv muss ermittelt werden, welche Chancen	„(Wir) fördern und priorisieren wir digitale Anwendungen und Lösungen, die einen Beitrag zur Ressourcenschonung leisten oder nachhaltiger sind als analoge. Rebound-Effekte gilt es generell zu vermeiden, Suffizienz zu unterstützen.“ (S.5)	„In der Wissenschaft wollen wir Open Access für Forschungsergebnisse standardmäßig durchsetzen. Was mit öffentlichen Geldern gefördert wurde, muss der Öffentlichkeit kostenfrei zur Verfügung stehen“ (S. 99)	„Wir wollen mit einem Blue-Deal-Entwicklungsplan Investitionen in Technologieführerschaft entfesseln, indem wir: (Hoch)Schulbildung und Forschung verstärkt auf MINT-Fächer ausrichten, die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in Produkte fördern, Selbst-

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
für die Blockchain schaffen. Oft scheitern neue Anwendungen an rechtlichen Hindernissen, obwohl es technologisch sinnvoll und effizient wäre, Blockchain zu nutzen.“ (S. 86) „Wir werden die 2019 gegründete Agentur für Sprunginnovationen (SPRIND) ressortunabhängig aufstellen und zu einem Reallabor ausbauen“ (S. 88) Mit einem Innovationsfreiheitsgesetz wollen wir für Gründer aus Wissenschaftseinrichtungen bürokratische Hürden abbauen“ (S. 89)	Computing bis zur Cyber-Sicherheit, sicherer und vertrauenswürdiger Hard- und Software sowie Netzwerktechnik und datenbasierten Geschäftsmodellen“ (S. 14) „Wir fördern Zukunftstechnologien wie zum Beispiel Quantentechnik, Künstliche Intelligenz, Alternativverfahren und Wasserstoff an vielen Orten im Land.“ (S. 21) „Wir werden deshalb mehr Fördergelder für Open Science und Wissenschaftskommunikation bereithalten.“ (S. 21)	bei Unterlassung verloren gehen.“ (S. 25) „Gründung einer Deutschen Transfergemeinschaft (DTG), die unabhängig agieren und als Selbstverwaltungseinrichtung sowohl technologische als auch soziale Innovationen unterstützen soll“ (S.24) „Um die Entstehung von Clustern insbesondere bei IT-Schlüsseltechnologien wie KI und Blockchain zu begünstigen, wollen wir bestimmte Regionen als digitale Freiheitszonen ausweisen“ (S. 26) „Wir treten dafür ein, dass Deutschland ... sogenannte „Innovationsbotschafter“ aus den zuständigen Bundesministerien in die Ballungszentren der IT- und High-Tech-Industrie entsendet.“ (S. 69)	„Wir starten in der nächsten Legislaturperiode eine Investitionsoffensive (pro Jahr €50 Mrd zusätzlich).“ (S. 24) „Die Förderung regionaler Innovationsökosysteme aus Hochschulen, Mittelstand und Zivilgesellschaft wollen wir durch die Gründung einer eigenständigen Innovationsagentur (D.Innova) konsequent stärken.“ (S. 28) „Die „Agentur für Sprunginnovation“ (SprinD) soll flexibler ausgestaltet werden, damit sie sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren kann“ (S. 64) „Wir wollen die nationale Forschungsdateninfrastruktur stärken und die Chancen der europäischen Cloud für Wissenschaft und Forschung ergreifen.“ (S. 65) „Der Zugang zu Forschungs- und Bildungsdaten soll erleichtert und FAIR Data das Grundprinzip werden. Wir wollen zudem Open Access bei Publikationen zum Stan-	„Statt Leuchtturmprojekten braucht es eine Digitalisierungsoffensive für die Hochschulen bundesweit.“ (S. 55)	ständigkeit und Erfindergeist fördern, z.B. im Wiederaufbau eines nationalen pharmazeutisch-medizinischen Kompetenz-Clusters, in Aufstellung und Umsetzung eines Entwicklungsplans Quantencomputing, in der Entwicklung von Technologien und Geschäftsmodellen zur Welt-raumnutzung“ (S. 44)

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
			dard erklären und als wissenschaftliche Leitidee stärker fördern und zusammen mit der Wissenschaft vorantreiben.“ (S. 65)		
6. Künstliche Intelligenz und Algorithmen					
„KI wollen wir für den Alltag nutzen: Wir wollen die Forschung und Entwicklung der automatisierten Spracherkennung und -übersetzung in den kommenden Jahren zum Durchbruch verhelfen und gleichzeitig ein Leitprojekt für die KI auf den Weg bringen.“ (S. 29) „Wir setzen uns für ein Wertesystem ein, das Chancen von KI für die Gesundheitsversorgung nutzt und zugleich Risiken minimiert. Wir wollen, dass Wertschöpfung von KI in Deutschland entsteht und somit auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden.“ (S. 67) „Wir wollen, dass Deutschland ... attraktiver Standort	„Algorithmen „müssen transparent und diskriminierungsfrei angelegt werden. Die Zielsetzung einer algorithmischen Entscheidung muss klar und überprüfbar definiert sein. Hierfür brauchen wir eine stringente Regulierung und Aufsicht“ (S. 15) „Wenn der Einsatz von Algorithmen, z.B. bei der Personalrekrutierung, über das Leben oder die Chancen von Menschen mitentscheidet, dürfen sie niemals diskriminieren. Wir wollen verantwortungsvolle KI und Algorithmen, die vorurteilsfrei programmiert sind und auf diskriminierungsfreien Datenlagen basieren. Dies soll regelmäßig geprüft und zertifiziert werden.“ (S. 42)	„Wir fordern eine KI-Roadmap. Jedes Ministerium soll bis 2025 zehn konkrete KI-Anwendungsfälle in seiner fachlichen Zuständigkeit identifizieren und umsetzen. Von Fördermitteln sollen auch Start-ups, KMUs sowie Gründer profitieren.“ (S. 31) „Damit möglichst viele neue Technologien praktisch getestet werden können, brauchen wir „regulatory sandboxes“, und eine schnelle gesetzliche Deregulierung ... sowie einen europäischen Rechtsrahmen für neue Technologien“ (S. 31)	„Wir wollen ... den Grundstein legen für die europäische Souveränität in weiteren Trends der KI, etwa mit der Unterstützung eines europäischen Ökosystems für das Erproben von allgemeiner Künstlicher Intelligenz („Artificial General Intelligence“).“ (S.31) „Wir wollen Qualitätskriterien sowie die europäischen Anstrengungen für Transparenz und Überprüfbarkeit vorantreiben (von algorithmische Entscheidungssystemen) ... und setzen uns ein für einen nach Risiken abgestuften europäischen Ordnungsrahmen für den Einsatz automatischer Systeme, klare Regeln zur Nachvollziehbarkeit, zum Datenschutz, zum Arbeitsrecht und zur Datenqualität, um Kontrolle und Haftung, aber	„Der Einsatz (von KI) muss gesetzlich reguliert werden, um gemeinwohlorientierte Anwendung sicherzustellen.“ (S. 97) „Sämtliche für Entscheidungen eingesetzte Algorithmen müssen von unabhängigen Stellen auf Diskriminierungsfreiheit geprüft werden. Wir wollen ethische Richtlinien für die Schaffung von Algorithmen. (S. 97) „Bei Anwendung von KI auf personenbezogene Daten müssen demokratische Gestaltungsmöglichkeiten, großer Datenschutz und in digitalen Medien freie Meinungsbildung gewährleistet sein. KI muss sozialer Spaltung, Monopolisierungstendenzen in der Wirtschaft durch wenige	„KI ist eine Technik der Zukunft mit hohem wirtschaftlichem Potential; die Konkurrenz durch multinationale Konzerne in diesem Bereich ist jedoch groß. Daher wollen wir die Kompetenzen im Bereich KI in der Bundesrepublik besser bündeln und nationale Kooperationen stärker fördern.“ (S. 185)

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
für innovative Unternehmen der Cybersicherheit wird. Dazu gehören ... diskriminierungsfreie Algorithmen. “ (S. 118)			auch Rechtssicherheit für betroffene Betriebe zu ermöglichen.“ (S. 32)	Tech-Konzerne und Überwachung entgegenwirken.“ (S. 97)	
7. Mobilität, Landwirtschaft, Smart Meter					
„Wir arbeiten an einer leistungsfähigen Dateninfrastruktur, werden Open-Data-Lösungen schaffen und eine staatliche digitale Plattform für öffentliche Agrardaten aufbauen, um der Landwirtschaft Zugang zu öffentlichen Daten zu gewährleisten. Auch werden wir den Agrardatenraum in GAIA-X entwickeln.“ (S. 51) „Wir unterstützen den Betrieb digitaler, offener und diskriminierungsfreier Mobilitätsplattformen als Eingangstür für alle Angebote des öffentlichen Verkehrs.“ (S. 131) „Mit einer neuen Smart-City und einer Smart-Country-Strategie werden wir Städte, Kommunen	„Mit neuen Mobilitätsdienstleistungen, die vernetzte Mobilitätsangebote auf digitalen Plattformen nutzbar machen.“ (S. 11)	„Sprunginnovationen wie das autonome Fahren ... wollen wir gezielt fördern und den rechtlichen Rahmen dafür schaffen. Wir fordern eine langfristig angelegte Strategie für das autonome Fahren, die nicht nur die Entwicklung der eigentlichen Technologie, sondern auch die Vernetzung aller Verkehrsteilnehmer sowie rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen und das Schaffen positiver Wachstumsfaktoren umfasst.“ (S. 29) „Wir möchten den Rollout intelligenter Messsysteme („Smart Meter“) vereinfachen – als Voraussetzung für „Smart Grids“. Dabei müssen IT- und Datensicherheit ein Grundpfeiler	„ Für autonomes Fahren verbessern wir den Rechtsrahmen mit Schwerpunkt auf dem öffentlichen Verkehr.“ (S. 12) „Wir wollen die deutsche Mobilitätswirtschaft zur Vorreiterin für neue Mobilitätslösungen machen und die Digitalisierung nachhaltig, inklusiv und ausgewogen für die Verkehrswende nutzen. Echtzeitinformationen und ein einheitliches Ticketsystem müssen im ÖPNV Standard werden... (hierbei sind) Open Data und offene Schnittstellen zu beachten.“ (S. 12)	„Wir setzen uns ein für eine öffentliche Mobilitätsplattform, auf der alle Angebote aus allen Verkehrsverbünden sichtbar und buchbar sind. Perspektivisch muss diese Plattform alle europäischen Regionen einbeziehen. Die dabei anfallenden Daten dürfen nur aggregiert öffentlich gemacht werden. Keinesfalls dürfen anonymisierte Daten der Nutzer*innen öffentlich gemacht werden, da auch anonymisierte Bewegungsprofile Rückschlüsse auf konkrete Personen erlauben.“ (S. 100)	

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
und Regionen bei der Digitalisierung unterstützen.“ (S.129)		zum Schutz dieser kritischen Infrastruktur sein“ (S. 81)			
8. Kryptowährungen, Digitalsteuer und Finanzpolitik					
„Unsere Währung muss für das digitale Zeitalter gut gerüstet sein. Wir befürworten einen digitalen Euro als schnelles, einfaches und sicheres Zahlungsmittel. Er darf Bargeld nur ergänzen und die Preis- und Finanzstabilität nicht gefährden. Denn Bargeld ist gelebte Freiheit. Daher halten wir am Bargeld als Zahlungsmittel weiterhin fest.“ (S. 22) „Zu einer (europäischen) Marktordnung gehört auch eine faire und angemessene „Standgebühr“.“ (S. 28)	„Zugleich werden wir die ... internationalen Verhandlungen zur Einführung einer effektiven Mindestbesteuerung und einer fairen Besteuerung so genannter Digitalunternehmen zum Abschluss bringen und in Deutschland und Europa umsetzen.“ (S. 23) „Wir lehnen eine Privatisierung von Währungen ab. Dies gilt auch für private digitale Währungen, die in ihrem Wert künstlich stabil gehalten werden (Stablecoins).“ (S. 24) „Wir sorgen dafür, dass die Herkunft von schmutzigem Geld einfacher nachweisbar wird. Notwendig sind kontinuierliche und flächenübergreifende Strukturermittlungen der Länderpolizeien, der Bundes-	„Wir unterstützen internationale Arbeiten auf OECD- und G20-Ebene (zur Besteuerung großer Digitalunternehmen). Ein Alleingang der EU könnte dagegen auch in Deutschland zu Wettbewerbsverzerrungen und zum Verlust von Arbeitsplätzen führen.“ (S. 15) „Wir setzen uns für die uneingeschränkte Nutzbarkeit von Bargeld als Zahlungsmittel ein. Bargeld sollte als Alternative zu digitalen Zahlungsformaten bestehen bleiben. Zugleich begrüßen wir die Weiterentwicklung von Kryptowährungen. Wir begrüßen zudem alternative Tauschmittel wie Kryptowährungen auf Blockchain sowie anderen Basen und wollen die Schaffung	„Wir befürworten die Initiative der EZB, einen digitalen Euro zu schaffen. Sie gewährleistet dabei Daten- und Rechtssicherheit für Verbraucher*innen und Unternehmen“ (S. 35) „Ein digitaler Euro löst klassisches Bargeld nicht ab... Eine Aushöhlung des Geld- und Währungsmonopols durch private Währungen mächtiger Großkonzerne lehnen wir strikt ab. Bei allen digitalen Zahlungen und Kryptowährungen müssen die tatsächlichen wirtschaftlich Berechtigten analog zu Regelungen beim Bargeld ab einer gewissen Schwelle ermittelt werden.“ (S. 35) „Wir wollen eine Finanzpolizei mit umfassenden Prüfungsrechten schaffen, die Informationen mit allen zuständigen Behörden im In- und Ausland	„Digitalkonzerne müssen in den Ländern Steuern zahlen, in denen sie wirtschaftlich aktiv sind.“ (S. 93) „Wir (wollen) das Recht auf Bargeldzahlung unterhalb von Obergrenzen gegen Geldwäschegesetzlich verankern. Digitales Bezahlen muss mindestens bei kleinen Beträgen auch anonym möglich sein.“ (S. 97) „Den Datenschutz bei digitalen Zahlungsdiensten regulieren wir streng. Wir setzen eine strikte Trennung zwischen Bezahl- und anderen Diensten der Konzerne durch.“ (S. 97) „Geld und Währung müssen Teil staatlicher Souveränität bleiben, eine schleichende Privatisierung lehnen wir ab. FinTechs müssen mit ihren Finanzdienstleistungen	„Die AfD fordert die Einführung einer (nationalen) Digitalsteuer für Tech-Riesen („Gafam“), die nicht auf den Gewinn, sondern auf den Umsatz dieser Unternehmen erhoben wird. Denkbar ist dabei die Besteuerung von Umsätzen aus dem Platzieren personalisierter Werbung auf der Basis von Nutzerdaten, Umsätzen aus Vermittlungsdiensten zwischen Nutzern und Umsätzen aus dem Verkauf von Nutzerdaten.“ (S. 39) „Die AfD fordert den dauerhaften Erhalt der uneingeschränkten Bargeldnutzung als wichtigem bürgerlichen Freiheitsrecht und seine Verankerung im Grundgesetz. Die AfD spricht sich auch gegen von Zentralbanken herausgegebene digitale Währungen

CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE.	AfD
	polizei und des Zolls zusammen mit BKA und Europol.“ (S. 51)	eines verlässlichen rechtlichen Rahmens fördern und weiterentwickeln.“ (S. 45)	austauscht. Dem Zoll als Bundesbehörde kommen wichtige Aufgaben im Bereich der Bekämpfung der Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Geldwäsche zu.“ (S. 35) „Wir werden mit einer umfassenden Strategie gegen Geldwäsche vorgehen ... Wir befürworten eine Absenkung der Identifizierungspflicht auf 10 Prozent. Lücken und Umgehungsmöglichkeiten des Transparenzregisters werden geschlossen. Die Finanzaufsicht muss in der Geldwäschebekämpfung eine aktive Rolle spielen“ (S 35) „Wir werden die Einführung einer hohen Obergrenze für Bargeldzahlungen, wie von der EU-Kommission vorgeschlagen, prüfen.“ (S. 35) „Google, Facebook und Co. werden (in der EU) mit einer Digitalkonzernsteuer endlich angemessen besteuert.“ (S. 40)	denselben Regeln und Gesetzen unterworfen sein.“ (S. 97)	aus, die ein Einfallstor für die schleichende Abschaffung des Bargeldes wäre“ (S. 57)